

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

30–31/2006 · 24. Juli 2006



Deutschland in Europa

Detlef Pollack

Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt?

Oscar W. Gabriel · Sonja Zmerli

Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa

Heiner Meulemann

Religiosität: Immer noch die Persistenz eines Sonderfalls

Edeltraud Roller

Das Bildungs- und Gesundheitssystem im Urteil der Bürger

Katja Neller · Jan W. van Deth

Politisches Engagement in Europa

Editorial

Deutschland spielt in Europa nicht mehr auf allen Politikfeldern in der Champions League, sondern rangiert in manchen Bereichen nur noch im unteren Mittelfeld. Dies gilt nicht nur für die Zukunftsbereiche Bildung und Wissenschaft. Auch hinsichtlich des politischen Engagements der Bürger sind Defizite zu verzeichnen. So gibt es kaum mehr Unterschiede zu den neuen Demokratien Osteuropas.

Die politischen Haltungen in Ost- und Westdeutschland haben sich seit der Vereinigung im Oktober 1990 in vielen Bereichen angeglichen. Die Einstellungsunterschiede zwischen Ost und West in Bezug auf die politische Kultur, das politische Interesse oder gegenüber den staatlichen Institutionen sind nahezu verschwunden. Anders verhält es sich mit der Einstellung zur freiheitlichen Demokratie. Zwar bejahen die Ostdeutschen in gleichem Umfang wie die Westdeutschen die Idee der Demokratie, aber die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis ist im Osten stark zurückgegangen; nach neuen Erhebungen liegt sie um 20 Prozentpunkte hinter jener im Westen. Manchmal entsteht der Eindruck, als strebten die beiden Teile mental wieder auseinander.

Dies zeigt sich deutlich in der jüngsten Debatte über den Umgang mit der DDR-Geschichte. Fragen, ob die DDR mehr war als nur ein Unrechts- oder Überwachungsstaat, bewegen die Gemüter heftig. Wer die DDR nur in Schwarz-Weiß-Kategorien betrachtet, übersieht die Grautöne. Wer den Ostdeutschen als nahezu einziges materielles Mitbringsel in den neuen Staat nur den „Grünen Pfeil“ zugesteht, braucht sich über „Ostalgie“ kaum zu wundern. Als identitätsstiftendes Symbol für 40 Jahre Geschichte reicht dies nicht. In Westdeutschland wird bis heute offenbar nur unzureichend wahrgenommen, dass 1990 etwas Neues entstanden ist – nicht nur eine erweiterte Bundesrepublik.

Ludwig Watzal

Detlef Pollack

Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt?

Essay

Vor kurzem trafen sich auf Schloss Wendgräben in Sachsen-Anhalt die verantwortlichen Referenten der Konrad-Adenauer-Stiftung, um mit Sozialwissenschaftlern über die Einschätzung der politischen Kultur in den neuen Ländern zu diskutieren. In dieser Diskussion ging es den Bildung Vermittlern vor allem um die Frage, was zu tun sei, um das politische Interesse und die politische

Detlef Pollack

Geb. 1955; seit 1995 Professor für vergleichende Kultursoziologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), PF 1785, 15207 Frankfurt/O. Pollack@eu-v-frankfurt-o.de

Partizipationsbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung zu aktivieren; die Wissenschaftler waren vor allem an genauen Daten und Erkenntnissen über die politische Kultur in Deutschland interessiert. Am Ende der Tagung stand für die Bildung Vermittler die Antwort auf ihre Frage fest: Es müsse die Legitimation von Demokratie und Marktwirtschaft durch eine Schulung des Wertebewusstseins der ostdeutschen Bevölkerung gestärkt werden. Die Antworten der Wissenschaftler waren weniger eindeutig: Ob die Ostdeutschen die westdeutsche Institutionenordnung inzwischen weitgehend akzeptiert haben und sich die politischen und sozialen Einstellungen der Ost- und Westdeutschen einander annähern, ließ sich in ihren Augen nur schwer entscheiden. Und tatsächlich: In manchen Bereichen der politischen Kultur sind kaum noch Unterschiede auszumachen, in anderen gibt es nach wie vor große Differenzen, und in manchen, gar nicht so wenigen, nehmen diese sogar zu.

Greifen wir als ein Beispiel die Entwicklung des Vertrauens in die politischen und rechtlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland heraus. Das Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung als parteienstaatliche sowie in die Gerichte und die Polizei als rechtsstaatliche Institutionen war unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Osten Deutschlands deutlich niedriger als in Westdeutschland. Nach 15 Jahren haben sich die Vertrauenswerte bezüglich der parteienstaatlichen Institutionen zwischen West und Ost weitgehend angeglichen, wenn auch auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Hinsichtlich der rechtsstaatlichen Institutionen kam es im Osten Deutschlands sogar zu einer eindeutig positiven Entwicklung. Das Vertrauen in die Gerichte und die Polizei ist heute deutlich höher als vor 15 Jahren.¹ Gewiss spiegelt sich in diesem Vertrauensanstieg eine Veränderung der Art und Weise, wie die Ostdeutschen die Gerichte und die Polizei in den vergangenen 15 Jahren erlebt haben. Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die Einschätzung der rechtsstaatlichen Institutionen durch die neuen Bundesbürger wohl noch weitgehend durch ihre schlechten Erfahrungen in der DDR geprägt waren, änderten sich ihre Einstellungen zum Positiven wahrscheinlich aufgrund der guten Erfahrungen, die sie in den Jahren nach der Wiedervereinigung mit diesen Institutionen machen durften. Die oft aufgestellte Behauptung, dass den ehemaligen DDR-Bürgern nach dem Zusammenbruch der DDR die westdeutschen Institutionen unbekannt waren und sie sie daher im Lichte ihrer DDR-Prägungen beurteilten, dürfte auf ihre Einstellungen gegenüber Polizei und Gerichtswesen tatsächlich zutreffen.

Auch in anderen Bereichen der politischen Kultur gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen eine beachtliche Nähe in den Einstellungen. So ist etwa das politische Interesse, obwohl es in den vergangenen Jahren im Osten Deutschlands leicht zurückging, in Ost- und Westdeutschland heute in etwa gleich hoch.² Der Rückgang des politischen

¹ Vgl. Katja Neller, 15 Jahre deutsche Einheit. Politische Einstellungen der Bürger der alten und neuen Bundesländer: Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Vortrag auf dem Expertenworkshop der Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. 3. 2006 im Schloss Wendgräben.

² Vgl. Angelika Vetter/Jürgen Maier, Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und

Interesses muss nicht allzu sehr beunruhigen, denn das hohe Niveau der politischen Aufgeschlossenheit der Ostdeutschen in der Vergangenheit war natürlich nicht zuletzt auch ein Produkt der Überpolitisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Zuge des dramatischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umbruchs, der sich nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland vollzog. Auch hinsichtlich der politischen Partizipation überwiegen zwischen Ost und West die Gemeinsamkeiten gegenüber den Unterschieden, wenn auch zu konstatieren ist, dass sich die politische Beteiligung insgesamt auf einem recht niedrigen Niveau bewegt.

Deutlich anders sehen die Verhältnisse allerdings aus, wenn wir uns etwa mit den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland beschäftigen. Gewöhnlich wird in der politischen Kulturforschung, wenn es um die Unterstützung der Demokratie geht, zwischen normativer und performativer Ebene unterschieden. Auf der normativen Ebene wird danach gefragt, inwieweit die Bevölkerung die Idee der Demokratie und ihre normativen Prinzipien gutheißt, auf der performativen Ebene hingegen, wie sie das aktuelle Funktionieren der Demokratie einschätzt. Seit 1990 bejahen die Ostdeutschen in ihrer übergroßen Mehrheit die Idee der Demokratie, und zwar fast genau im gleichen Maße wie die Westdeutschen.¹³ Demokratische Prinzipien wie die Unterstützung der Meinungsfreiheit, das Recht auf Opposition oder die Möglichkeit zu einer alternierenden Parteienregierung finden in der ostdeutschen Bevölkerung sogar eine etwas größere Unterstützung als im Westen Deutschlands. Auf der Performanzebene, die über die Frage nach der Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie in Deutschland erfasst wird, liegen die Werte im Osten Deutschlands hingegen seit 15 Jahren kontinuierlich etwa 20 Prozent-

politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994–2002, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden 2005, S. 51–90, hier S. 63. Vgl. auch den Beitrag von Katja Neller und Jan W. van Deth in diesem Heft. ¹³ Vgl. Detlef Pollack, *Das geteilte Bewusstsein: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und zur Demokratie in Ost- und Westdeutschland 1990–1998*, in: Roland Czada/Helmut Wollmann (Hrsg.), *Von der Bonner zur Berliner Republik: 10 Jahre Deutsche Einheit*, Opladen 1999, S. 281–307, hier S. 293.

punkte unter denen im Westen.¹⁴ Dabei ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie seit 1990 in Ostdeutschland deutlich gesunken, und die Kluft zwischen Ost und West ist eher größer als kleiner geworden. Aber auch auf der normativen Ebene sind die Zustimmungswerte zur Idee der Demokratie in den neuen Bundesländern im Sinken begriffen, und die Unterstützungswerte in Ost und West, die Anfang der neunziger Jahre noch nahe beieinander lagen, entwickeln sich zunehmend auseinander. Diese Entwicklungslinien sind mit den Erklärungsmustern, wie sie in der politischen Kulturforschung geläufig sind, nun in keiner Weise verträglich, denn zu einem Zeitpunkt, als die Ostdeutschen mit der parlamentarischen Demokratie schlechterdings überhaupt keine Erfahrungen hatten, war die Zustimmung zu ihrer Idee, ihren Prinzipien und ihren Werten am höchsten, und obwohl die Ostdeutschen im Laufe der vergangenen 15 Jahre mit der Demokratie immer mehr Erfahrungen sammeln konnten, hat sich ihre Einstellung zu ihr nicht verbessert. Vielmehr nimmt die Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie zu, und es scheint fast, als würde mit der performativen Unzufriedenheit sogar die einst nahezu unbestrittene Akzeptanz ihrer Prinzipien in Mitleidenschaft gezogen werden.¹⁵ Die häufig zu hörenden Behauptungen, dass die Ostdeutschen für die Eingewöhnung in das westliche Institutionensystem mehr Zeit benötigten, dass schließlich auch die Westdeutschen mehr als 20 Jahre gebraucht hätten, bevor sie die Demokratie innerlich akzeptierten und dass die Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen in dem Maße, in dem sich ihr Lebensstandard erhöht, ansteigt, geht an dem tatsächlich beobachtbaren Verlauf der Veränderungen der ostdeutschen Einstellungen zur Demokratie schlichtweg vorbei.

Was der Erklärung bedarf, ist zweierlei: erstens, warum die Akzeptanz der Demokratie 1990 trotz mangelnder Erfahrungen mit deren Funktionieren so überraschend hoch ausfiel, und zweitens, warum sie danach trotz solcher Erfahrungen so deutlich zurückgegangen ist. Was die erste Frage angeht, so reicht es nicht

¹⁴ Vgl. *Politbarometer 1990–2002*.

¹⁵ Vgl. Michael Edinger/Andreas Hallermann, *Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems in Thüringen, Frankfurt/M.* 2004, S. 83, die auf die insgesamt starke output-Orientierung des Demokratieverständnisses der Ostdeutschen hinweisen.

aus, auf die über das westliche Fernsehen, Familienbesuche und persönliche Bekanntschaften vermittelten Kenntnisse über die westliche Demokratie hinzuweisen, welche die DDR-Bürger auch unter den Bedingungen des Eisernen Vorhangs erwerben konnten. Erforderlich ist es vielmehr zu sehen, dass die Bundesrepublik in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht seit Jahrzehnten die Referenzgesellschaft der Mehrheit der DDR-Bevölkerung war, mit der sie ihr Leben verglich und an der sie sich als unerreichbarem Ideal orientierte. Außerdem war das politische System der DDR seit Mitte der achtziger Jahre bereits derart diskreditiert, dass die Propaganda des Regimes nur noch bei wenigen verfiel. Schließlich sei der Gedanke ins Spiel gebracht, dass die Verinnerlichung demokratischer Prinzipien wie Opposition und Widerspruch, Diskussion unterschiedlicher Standpunkte, Stimmgleichheit, Kompromissbereitschaft, Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen usw. bereits in jeder halbwegs funktionierenden Familie eingeübt wird und für viele DDR-Bürger vielleicht gar nicht etwas so schwer Erlernbares darstellte, wie es in der politischen Kulturforschung gern behauptet wird. Mit anderen Worten, die in der DDR erfasste Sozialisation mit all ihren Brüchen zwischen öffentlicher und privater Sphäre sowie zwischen systeminternen und systemexternen Einflüssen war nicht nur und vielleicht noch nicht einmal vorrangig ein Hemmnis für die Akzeptanz der westlichen Demokratie, sondern für diese partiell sogar förderlich.

Bezüglich der zweiten Frage nach dem Rückgang der Demokratiebejahung im Laufe der vergangenen 15 Jahre wird man wohl vor allem auf drei Faktoren hinweisen müssen: zum ersten auf das Ausbleiben eines sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern, der trotz enormer finanzieller Transfers von West nach Ost nicht zustande kam. Die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage übt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie viele Untersuchungen ausweisen, einen starken Einfluss aus.¹⁶ Zum zweiten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie dadurch beeinträchtigt, dass viele Ostdeutsche das Gefühl haben, dass die Verteilung des gesell-

schaftlichen Reichtums nicht gerecht ist und sie nicht den ihnen zustehenden Anteil am allgemeinen Wohlstand erhalten. Zum dritten – und mit dem zweiten Punkt eng zusammenhängend – erklärt sich die geringere Systemakzeptanz der Ostdeutschen auch aus dem Empfinden vieler Ostdeutscher, im vereinigten Deutschland nicht gleichberechtigt zu sein und als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Auch dieser Zusammenhang ist empirisch nachgewiesen.¹⁷ Dass darüber hinaus die emotionale Bindung an die DDR eine die Demokratiebefürwortung erschwerende Rolle spielt, soll damit nicht bestritten sein. Der Einfluss DDR-nostalgischer Einstellungen kommt unter anderem schon darin zum Ausdruck, dass diejenigen, die meinen, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt, eine geringere Präferenz für die Demokratie als politisches Ordnungsmodell und auch eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie aufweisen als diejenigen, die diese Beurteilung nicht teilen. Die Bedeutung des kulturellen Erbes der DDR für die Bejahung demokratischer Prinzipien und die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik sollte man indes nicht überschätzen. Selbst in einer repräsentativen Panel-Studie konnte über einen Zeitraum von einem knappen Jahrzehnt nur ein Anteil von neun Prozent stabilen DDR-Nostalgikern nachgewiesen werden.¹⁸ Diese Studie kommt zu dem Schluss, dass es ein einheitliches DDR-Nostalgiesyndrom in Form konsistenter Orientierungsmuster nicht gibt. Zudem sind die Effekte einer starken Verbundenheit mit der DDR durchaus ambivalent. Während eine hohe Wertschätzung der DDR demokratiebejahende Einstellungen eher verhindert, werden sie durch eine Bejahung des Sozialismus eher befördert. Selbst wenn eine relativ kleine Gruppe von Unverbesserlichen und harten Einheitsverweigerern auszumachen ist und von dieser Gruppe klare Negativeffekte auf die Demokratieakzeptanz ausgehen, ist die Haltung der Mehrheit mit dem Verweis auf die die Systemunterstützung unterminierende DDR-Bindung gerade nicht erfasst. Für die Mehrheit gilt vielmehr, dass ihre Verbundenheit mit der DDR in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Die Zufriedenheit mit der Demo-

¹⁶ Vgl. Detlef Pollack, Support for Democracy in Eastern and Western Germany: an Attempt to Explain the Differences, in: Archives européennes de sociologie, 45 (2004), S. 257–272, hier S. 267.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 267.

¹⁸ Vgl. Katja Neller, „Auferstanden aus Ruinen?“ Das Phänomen „DDR-Nostalgie“, in: O. W. Gabriel/J. W. Falter/H. Rattinger (Anm. 2), S. 339–381, hier S. 359.

kratie und die Zustimmung zu ihren Idealen haben davon jedoch nicht profitiert.

Wenn der entscheidende Grund für die zurückgehende Unterstützung des politischen Systems durch die neuen Bundesbürger nicht im Weiterwirken eines kulturellen Erbes der DDR liegt, dann ist er offenbar in den Erfahrungen zu suchen, welche die neuen Bundesbürger mit diesem System selbst gemacht haben. Von der Leistungsfähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik sind die Ostdeutschen ziemlich enttäuscht. Natürlich stehen hinter dieser Enttäuschung die allerhöchsten Erwartungen. Die Ostdeutschen sind in die Wiedervereinigung mit großen, möglicherweise überzogenen Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung, politische Teilhabe und soziale Anerkennung hineingegangen. In einer Phase der Euphorie gaben sie auf das untergehende System der DDR keinen Pfifferling mehr und setzten ganz und gar auf die Effektivität und Humanität des Westens. Diese Phase der Euphorie hätte zur Geburtsstunde einer weit verbreiteten und tief verankerten Systemunterstützung werden können. Sie wurde es nicht oder doch nur eingeschränkt, da auf die Euphorie die Enttäuschung über den ausbleibenden Wirtschaftsaufschwung, über wachsende soziale Ungleichheiten und die ökonomische, berufliche und öffentliche Deklassierung der Ostdeutschen als soziale Gruppe folgte. Diese Enttäuschungserfahrung ist für die geringere Systemakzeptanz der Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen und die zunehmende Kluft in der Systemunterstützung zwischen Ost und West ausschlaggebend. Das heißt nicht, dass die Ostdeutschen mehrheitlich nicht die Verbesserungen ihrer persönlichen ökonomischen Situation schätzten. Sie erkennen diese durchaus an.⁹ Die Bejahung des Systems wird aber nicht nur von der persönlichen Situation, sondern auch von der Einschätzung der allgemeinen Lage stark beeinflusst.

Ähnliche Verlaufsmuster wie hinsichtlich der Einstellungen zur Demokratie finden wir

⁹ Olaf Müller, *East Germany: Democratization par excellence?*, in: Detlef Pollack/Jörg Jacobs/Gert Pickel/Olaf Müller (Hrsg.), *Democratic Values in Central and Eastern Europe*, Frankfurt/O., Frankfurter Institut für Transformationsstudien 2004, S. 63–89, hier S. 81.

auch in Bezug auf die Einstellung zum Leistungsprinzip und zur Rolle des Staates als intervenierende Redistributionsinstitution. Auch bezüglich des Leistungsprinzips und der Akzeptanz von aus Leistungsunterschieden resultierenden sozialen Differenzen standen die Ostdeutschen unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ganz und gar auf der Seite westlicher Grundüberzeugungen. 1990 waren es mehr Ostdeutsche als Westdeutsche, welche die Belohnung von Leistung und die Leistungsabhängigkeit des Lebensstandards gegenüber einer egalitären Einkommensverteilung und einer Sicherung des Mindestlebensstandards bevorzugten.¹⁰ Erst aufgrund der Erfahrung von zunehmender sozialer Ungleichheit ging die Akzeptanz des Leistungsprinzips und leistungsbedingter sozialer Unterschiede zurück.¹¹ Wiederum war also die Distanz zu westlichen Prinzipien nicht ein Erbe von Prägungen, denen die Menschen in der DDR ausgesetzt waren, sondern eine Konsequenz von Erfahrungen, die sie im wiedervereinigten Deutschland gesammelt hatten. Möglicherweise trug gerade die in der DDR erfahrene Verletzung des Prinzips einer leistungsgerechten Bezahlung zur Verinnerlichung dieses Prinzips bei. Und möglicherweise war es die nach 1990 von vielen gemachte Erfahrung, dass trotz Leistungsbereitschaft und beruflicher Mobilität der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ausblieb, welche die Ostdeutschen vom Leistungsprinzip abrücken ließ.

Auch was die Rolle des Staates angeht, bezogen die Ostdeutschen 1990 noch mehrheitlich westliche Positionen. Im Juni 1990 sprachen sie sich stärker dafür aus, dass der Einzelne für sich selbst eine größere Verantwortung übernehmen sollte.¹² Erst in dem Maße, wie sie die Erfahrung machen mussten, dass die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen beschränkt sind, wurde der Ruf nach einem Staat lauter, der Einkommensunterschiede reduzieren möge.

Wenn nun aber die Distanz gegenüber westlichen Prinzipien wie Demokratie, Leistung oder individuelle Selbstversorgung nicht vorrangig das Produkt in der DDR erfahrener

¹⁰ Vgl. IPOS-Institut, Mannheim, „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ 1990–1995.

¹¹ Vgl. Heiner Meulemann, *Wertwandel in Deutschland von 1949–2000*, Hagen 2002.

¹² Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992*, München 1993, S. 582.

Prägungen ist, sondern sich häufig erst im Laufe des Umgangs mit dem westlichen Ordnungs- und Marktsystem herausgebildet hat, dann sollte man damit aufhören, die bestehenden Differenzen in der Systemakzeptanz zwischen Ost und West vor allem auf das kulturelle Erbe der DDR zurückzuführen und stattdessen den Blick zuallererst auf die harten ökonomischen, sozialstrukturellen und demographischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland richten. Bei einem solchen Perspektivenwechsel wird deutlich, wie weit Ost- und Westdeutschland etwa hinsichtlich der Höhe des Bruttoinlandsprodukts, der Arbeitslosigkeit, der Zu- und Abwanderungen, des Bevölkerungsanteils an Jugendlichen, der Ausbildungsplatzdichte, des Bildungsniveaus noch voneinander entfernt sind. Um diesen Abstand zu illustrieren, sei hier nur darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands nach wie vor mehr als doppelt so hoch ist wie im Westen, dass die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland in den vergangenen 15 Jahren um 7,5 Prozent zurückging (wobei vor allem jüngere und höher gebildete Bevölkerungsgruppen Ostdeutschland verlassen haben), in den westlichen Bundesländern dagegen um sieben Prozent anstieg und dass das Bruttoinlandsprodukt im Osten Deutschlands 18 000 Euro beträgt, im Westen dagegen 28 000. Ohne den Einfluss, den die Bindung an die DDR vor allem für eine kleinere Gruppe von Einheitsverweigerern spielt, leugnen zu wollen, scheinen die materiellen und sozialstrukturellen Aspekte für die Zufriedenheit mit der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik – und darüber vermittelt auch für die Bejahung der Prinzipien dieser Ordnung – von größerer Bedeutung zu sein. Entscheidend für den Grad der Systemunterstützung sind offenbar die allgemeine wirtschaftliche Lage, das Gefühl von Gerechtigkeit und relativer Deprivation sowie die Erfahrung sozialer Anerkennung und Integration.

Sollte dies richtig sein, wäre es unsinnig, die Befürwortung der bundesrepublikanischen Ordnung durch Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen vorantreiben zu wollen. Die Menschen in der DDR haben das System des Westens längst verstanden und tief verinnerlicht. Sie benötigen keinen Nachhilfeunterricht. Sie sind unzufrieden mit den Leistungen dieses Systems, mit dem Anteil, den sie von dem erwirtschafteten Reichtum erhalten, mit ihrer öffentlich sichtbaren Rolle im

vereinigten Deutschland und vielleicht auch mit dem Anteil, den sie selbst zum gesellschaftlichen Reichtum beizusteuern versuchten. Deshalb muss die Politik versuchen, die Leistungsbilanz zu verbessern und nicht die Menschen über ihre Rückwärtsge wandtheit zu belehren.

Auf der Tagung auf Schloss Wendgräben zogen die Bildungsvermittler aus der Erkenntnis, dass die Systemunterstützung vor allem von der wirtschaftlichen Lage und dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen abhängt, allerdings eine andere Schlussfolgerung. Ihre Reaktion auf diese Botschaft bestand nicht darin zu überlegen, wie das Wissen der Bevölkerung über das Funktionieren wirtschaftlicher Zusammenhänge verbessert werden kann. Vielmehr wurde, wie eingangs bereits erwähnt, die Frage aufgeworfen, welche Wertüberzeugungen geeignet sind, die als bedroht angesehene Integration der Gesellschaft zu befördern. Einer der Redner sagte unter beifälliger Zustimmung der Anwesenden, die wirtschaftliche Lage könnten wir nicht ändern, sie werde auch in nächster Zukunft schwierig bleiben; unsere Aufgabe müsse es vielmehr sein, Demokratie und Marktwirtschaft über Werte wie Nation, Kultur, Familie und Sport zu legitimieren. Er schloss: „Wir müssen die Marktwirtschaft den Menschen so nahe bringen, dass auch die Enttäuschten sich darin zurechtfinden“ – welch ein Fehlschluss: Nicht Mangel an Verständnis für ihre Prinzipien sind der Grund für die verbreitete und sich weiter ausbreitende Skepsis gegenüber Marktwirtschaft und Demokratie, sondern die Unzufriedenheit mit den real erfahrbaren Auswirkungen dieser Prinzipien. Solange die diagnostizierte rückläufige Systemakzeptanz vorrangig als ein Bildungsproblem behandelt und daraus die Schlussfolgerung gezogen wird, dass es nötig sei, die Menschen über die Grundlagen der westlichen Ordnung besser aufzuklären, wird sich das Problem freilich verschärfen. Beherrschende Auskünfte haben die Menschen im Osten in den vergangenen Jahrzehnten gewiss genug erhalten. Und es mag durchaus sein, dass es sich bei der allgemein konstatierten Belehrungsresistenz der Ostdeutschen nun tatsächlich um ein DDR-Relikt handelt.

Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa

Die demokratische Wende in den Staaten Mittel- und Osteuropas brachte für die Menschen eine grundlegende Veränderung ihrer Beziehungen zur Politik mit sich. Innerhalb eines extrem kurzen Zeitraumes verschwanden die Institutionen des kommunistischen Herrschafts-

Oscar W. Gabriel

Dr. rer. pol., geb. 1947; o. Professor für Politikwissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart. oscar.gabriel@sowi.uni-stuttgart.de

Sonja Zmerli

M.A., geb. 1966; wiss. Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, Residenzschloss, 64283 Darmstadt. zmerli@pg.tu-darmstadt.de

apparat. Die neu geschaffenen freiheitlichen Verfassungsstaaten wiesen Merkmale auf, die zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern dieser Länder aus eigener Erfahrung nicht bekannt waren: einen freien Parteienwettbewerb um die Übernahme der Regierung, ein pluralistisches System der Interessenvermittlung, eine Aufteilung von Entscheidungskompetenzen auf Regierung und Parlament und – nicht zuletzt – eine von der Steuerung durch die Staatspartei befreite Gerichtsbarkeit und Polizei. Auf Grund der Geschwindigkeit und Radikalität des Systemwechsels ist die Annahme einer Erosion der Vertrauensbasis des alten Regimes hochgradig plausibel. Dies rechtfertigt aber nicht die Erwartung, dass sich die neuen politischen Institutionen bereits unmittelbar nach dem Systemwandel auf das Vertrauen der Bevölkerung stützen konnten oder dass der Systemwechsel gar ein Votum der Bevölkerung für ein Institutionensystem liberal-pluralistischer Prägung zum Ausdruck gebracht hätte.

Auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Prozessen des Institutionenwandels und dem Verhältnis der Menschen zur Politik hat die politikwissenschaftliche Forschung bislang keine eindeutige Antwort gefunden. Die breit akzeptierte Annahme des Neoinstitutionalismus, nach der die institutionellen Rahmenbedingungen die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen prägen,¹ hilft uns bei der Erklärung der Auswirkungen bestimmter institutioneller Änderungen auf bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen nicht weiter. Diese Feststellung betrifft auch die Auswirkungen des institutionellen Wandels und der aus diesen Wandlungen hervorgehenden neuen Institutionen für das politische Vertrauen der Bevölkerung. Politische Umbruchsituationen, wie wir sie 1989/90 in Mittel- und Osteuropa erlebten, bedeuten für die Menschen Risiko und Unsicherheit. Dies kann dazu führen, dass man den neu geschaffenen Institutionen einen Vertrauenskredit einräumt. Ebenso wahrscheinlich ist aber auch die Ausbreitung von Skepsis und Misstrauen, weil die Bürger noch keine Gelegenheit dazu hatten, sich mental auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Wie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erhobene Daten zeigen, war das Vertrauen der Bürger postkommunistischer Staaten in den ersten Jahren nach dem Regimewechsel eher von Skepsis als von Vertrauen geprägt.²

Der Verlauf und das Ergebnis des Systemwandels in Deutschland unterscheiden sich in mancherlei Hinsicht von den in anderen europäischen Ländern gegebenen Bedingungen. Entgegen den Entwicklungen in Polen oder Ungarn, aber auch in Tschechien oder Slowenien war der Regimewechsel mit der Herstellung der nationalen Einheit verbunden. Die Bürger der neuen Bundesländer votierten 1990 freiwillig für ein politisches System, das im westlichen Landesteil bereits

¹ Vgl. Bo Rothstein, *Political Institutions: An Overview*, in: Robert E. Goodin/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford 1996, S. 133–166, hier S. 146–152; B. Guy Peters, *Political Institutions. Old and New*, in: ebd., S. 213 f.

² Vgl. Oscar W. Gabriel/Volker Kunz/Sigrid Roßteutscher/Jan W. van Deth, *Sozialkapital und Demokratie*, Wien 2002, S. 182–197.

seine Bewährungsprobe bestanden hatte.¹³ Außerdem war durch den Fortbestand der Kommunikationsgemeinschaft in der Zeit der nationalen Teilung die Möglichkeit gegeben, zumindest mittelbar – durch den Empfang des Westfernsehens und persönliche Kontakte mit Freunden und Verwandten – am politischen Leben Westdeutschlands teilzunehmen. So gänzlich neu wie den Polen oder Ungarn dürften den Bürgern der DDR die Institutionen einer liberalen Demokratie nicht gewesen sein.

Dennoch zeigen die aus der Zeit nach der Vereinigung erhobenen Daten, dass sich die möglicherweise vor 1990 gesammelten mittelbaren Erfahrungen mit den bundesdeutschen Institutionen nicht in einen Vertrauensvorschluss umsetzten. In den ersten, 1991 durchgeführten Umfragen über das politische Vertrauen der West- und Ostdeutschen trat ein großes Gefälle zwischen den Befragten in beiden Landesteilen zu Tage, besonders im Vertrauen zu Einrichtungen wie der Polizei und den Gerichten.¹⁴ In den frühen neunziger Jahren brachten die Ostdeutschen den neuen politischen Institutionen fast ebenso wenig Vertrauen entgegen wie die Bürger anderer postkommunistischer Staaten; deutlich weniger jedenfalls, als dies ihre Landsleute im westlichen Landesteil taten. Dies war vermutlich nicht zuletzt auf die fehlende Kenntnis der Funktionsweise der neuen Institutionen und auf eine weit verbreitete Unsicherheit darüber zurückzuführen, ob die Repräsentanten und Institutionen des neuen Systems dazu bereit und in der Lage sein würden, die Wünsche der ostdeutschen Bevölkerung nach einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu erfüllen und sie nicht als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Diese zurückhaltende Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der neuen Institutionen konnte sich auf einige empirische Tatbestände stützen. Entgegen den Ankündigungen von Teilen der politischen Führungsgruppen waren in den neuen Ländern nicht innerhalb kurzer Zeit „blühende Landschaften“ entstanden. Ungeachtet der neu gewonnenen Freiheiten,

¹³ Vgl. u. a. Kendall L. Baker/Russell J. Dalton/Kai Hildebrandt, *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*, Cambridge, Mass. 1981.

¹⁴ Vgl. Oscar W. Gabriel, *Integration durch Institutionenvertrauen?*, in: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration*, Opladen 1999, S. 199–235.

der gestiegenen Individualeinkommen und der beträchtlich verbesserten Versorgungslage schien sich der wirtschaftliche Niedergang Ostdeutschlands in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung in dramatischer Form zu beschleunigen, was zu einer ausgesprochen pessimistischen Sicht der aktuellen wirtschaftlichen Lage und zu skeptischen Zukunftserwartungen führte.

Mittlerweile liegt der Regimewechsel ein- einhalb Jahrzehnte zurück, ein Zeitraum, in dem die Bevölkerung der neuen Demokratien ihre Erfahrungen mit dem Funktionieren demokratischer Institutionen sammeln konnte. Die Frage, ob sich in diesen Lernprozessen Vertrauen zu den politischen Institutionen herausbildete und ob das Zusammenleben der Ost- und Westdeutschen in einem gemeinsamen Staat zu einer Angleichung ihrer Einstellungen zu den politischen Institutionen führte, ist aber nicht automatisch positiv zu beantworten. Das Entstehen einer Vertrauensbeziehung der Bevölkerung zur Politik hängt vielmehr von den Bedingungen ab, unter denen Vertrauen entsteht.

Politisches Vertrauen in Deutschland und Europa

Die seit mehr als drei Jahrzehnten andauernde Debatte über die Rolle des politischen Vertrauens in der Demokratie erhielt durch den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa eine neue Brisanz, steht doch jedes neu entstandene politische System vor der Herausforderung, Vertrauen für seine Institutionen und Repräsentanten zu schaffen. Dies ist aus normativen wie aus funktionalen Gründen geboten. Was die normative Seite betrifft, so ist eine politische Öffentlichkeit, die dem Handeln der gewählten Repräsentanten und der Vertreter rechtsstaatlicher Institutionen permanent mit Misstrauen begegnet, mit dem Selbstverständnis einer Demokratie nicht zu vereinbaren. Vertrauen bedeutet nach J. Citrin und S. Luks die Erwartung der Öffentlichkeit, dass die autoritativen Entscheidungsinstitutionen und ihre Repräsentanten ein Land kompetent und verantwortungsbewusst regieren.¹⁵ Wenn diese Überzeugung

¹⁵ Vgl. Jack Citrin/Samantha Luks, *Political Trust Revisited: Déjà Vu All Over Again?*, in: John R. Hibbing/

fehlt, dann weist die Demokratie Mängel auf. Ein Mindestmaß an Vertrauen ist zudem für die Effektivität des Regierungshandelns erforderlich: Nur auf der Basis eines Grundvertrauens ist die Bevölkerung bereit, politische Entscheidungen freiwillig zu befolgen und auch solche Entscheidungen zu akzeptieren, die kurzfristig den eigenen Interessen zuwiderlaufen.¹⁶

Besonders nach Systemwechseln erweist sich das politische Vertrauen als fragile Größe, weil den Mitgliedern der politischen Gemeinschaft die Erfahrungen fehlen, auf deren Grundlage sie einigermaßen verlässlich abschätzen können, ob sie den Institutionen und Repräsentanten des politischen Systems den zum effektiven Handeln benötigten Vertrauensvorschuss gewähren können. Vertrauen ist in dieser Situation fast ausschließlich auf die Zukunft gerichtet, riskant und enttäuschungsanfällig. Auch etliche Jahre nach dem Systemwechsel stellt sich die Basis für das Entstehen bzw. die Aufrechterhaltung einer Vertrauensbeziehung zwischen den Regierenden und den Regierten in den postkommunistischen Gesellschaften anders dar als in den westeuropäischen Demokratien. Dies gilt auch für das Verhältnis der West- und Ostdeutschen zur Politik. Daraus ergeben sich die folgenden Fragen:

– In welchem Maße vertrauen die Menschen in Ost- und Westdeutschland sowie in Mittel-, Ost- und Westeuropa den Politikern und Institutionen des politischen Lebens (Parlament, Rechtssystem und Polizei)?

– Existiert die zu erwartende Vertrauenslücke zwischen den mehr oder weniger etablierten westeuropäischen Demokratien und den postkommunistischen Gesellschaften auch fast eineinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus?

– Welche Positionen nehmen Ost- und Westdeutsche in dieser Hinsicht in Europa ein?

Elisabeth Theiss-Morse (Hrsg.), *What is it About Government that Americans Dislike?*, Cambridge, Mass. 2001, S. 9–27, hier S. 12 f.

¹⁶ Vgl. Virginia Chanley/Thomas J. Rudolph/Wendy M. Rahn, *Public Trust in Government in the Reagan Years and Beyond*, in: J. R. Hibbing/E. Theiss-Morse (ebd.) S. 59–78, hier S. 59.

– Welche Faktoren prägen das politische Vertrauen der Deutschen und der Europäer?

Wie die Daten in der folgenden Tabelle zeigen, bringen die Deutschen – wie die anderen Europäer – den politischen Institutionen und Akteuren ein unterschiedlich großes Vertrauen entgegen. Das größte Vertrauen genießt die Polizei, gefolgt von den Gerichten und dem Parlament. Die Politiker nehmen die Schlussposition ein. Allerdings verdeckt diese strukturelle Ähnlichkeit zwischen West- und Ostdeutschland sowie West- und Osteuropa die beträchtlichen Niveauunterschiede zwischen diesen Beobachtungseinheiten. In den postkommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas findet keines der genannten Objekte das Vertrauen einer Mehrheit der Bürger. Dagegen vertrauen im Durchschnitt der westeuropäischen Gesellschaften mehr als zwei Drittel der Bürger der Polizei, über die Hälfte bringt den Gerichten Vertrauen entgegen, und nahezu jeder zweite Befragte bekundet Vertrauen zum Parlament. Lediglich die Politiker finden nur bei einer Minderheit der Befragten Vertrauen. Dieses Antwortmuster blieb zwischen 2002 und 2004 in Westeuropa stabil, in Mittel- und Osteuropa mussten hingegen alle politischen Institutionen und Akteure einen mehr oder weniger starken Vertrauensverlust hinnehmen. Unsere Daten belegen eindeutig die zu erwartende Vertrauenslücke zwischen West- und Osteuropa. Sie zeigen aber zugleich, dass sie bei den regulativen Institutionen (Rechtssystem, Polizei) deutlich größer ausfällt als beim Parlament und den Politikern (vgl. die Tabelle).

Im Vergleich mit ihren westlichen und östlichen Nachbarn sind die Menschen in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich positioniert. Das Vertrauen der Westdeutschen zu den Politikern und zum Parlament liegt deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnittswert, das Vertrauen zu den Gerichten und zur Polizei jedoch darüber. Allerdings verloren alle Institutionen und Politiker zwischen 2002 und 2004 an Vertrauen, auch wenn die Veränderungen nicht dramatisch ausfallen und in dieser Hinsicht der Entwicklung in allen westeuropäischen Gesellschaften folgen. Die ostdeutsche Bevölkerung bringt sämtlichen Institutionen und den Politikern mehr Vertrauen entgegen, als wir es in den anderen postkommunisti-

**Tabelle: Politisches Vertrauen in Deutschland und Europa, 2002 und 2004
(Angaben: Prozentanteile)**

	Politiker			Parlament			Gerichte			Polizei			Vertrauensindex ^a		
	2002	2004	Diff.	2002	2004	Diff.	2002	2004	Diff.	2002	2004	Diff.	2002	2004	Diff.
A	18	15	-3	40	34	-6	59	55	-4	66	61	-5	59	53	-6
B	31	30	-1	41	36	-5	35	42	7	57	39	-18	48	46	-2
CH	36	33	-3	52	45	-7	62	60	-2	75	77	2	70	68	-2
DK	50	51	1	61	63	2	76	77	1	89	89	0	83	82	-1
E	16	19	3	35	37	2	28	37	9	50	58	8	40	50	10
FIN	40	42	2	58	63	5	73	75	2	90	91	1	88	81	-7
GR	20	19	-1	38	36	-2	61	48	-13	64	57	-7	56	49	-7
L	31	37	6	41	48	7	54	57	3	64	64	0	65	67	2
N	31	26	-5	53	49	-4	65	67	2	80	81	1	71	69	-2
P	8	4	-4	28	19	-9	26	22	-4	40	39	-1	35	25	-10
S	36	28	-8	57	47	-10	59	55	-4	74	69	-5	69	61	-8
UK	21	19	-2	36	29	-7	43	44	1	63	62	-1	48	43	-5
DW	17	14	-3	34	29	-5	58	54	-4	76	71	-5	56	49	-7
DO	12	14	2	21	23	2	43	42	-1	62	62	0	35	39	4
CZ	11	9	-2	18	13	-5	23	21	-2	41	28	-13	24	18	-6
PL	7	3	-4	14	7	-7	19	11	-8	38	31	-7	22	13	-9
SLO	12	11	-1	23	23	0	30	23	-7	39	35	-4	32	29	-3
E-W	28	27	-1	45	42	-3	53	53	0	68	66	-2	60	58	-2
E-O	10	8	-2	18	14	-4	24	18	-6	39	31	-8	26	20	-6

^a siehe Anmerkung 13 zur Operationalisierung des Index politischen Vertrauens.

Quelle: Eigene Darstellung.

schen Gesellschaften finden. Entgegen dem Negativtrend in den neuen Demokratien Ost- und Mitteleuropas hat sich das Vertrauen der Ostdeutschen zur Politik zwischen 2002 und 2004 nur geringfügig verändert.¹⁷ Beim globalen Vertrauensindex gehört Ostdeutschland zu den wenigen Ländern bzw. Landesteilen mit einer positiven Entwicklung.

Die nach der Wiedervereinigung festgestellten Unterschiede im Vertrauen der West- und Ostdeutschen zur Politik sind fast 15 Jahre nach der Vereinigung noch nicht verschwunden, haben sich aber deutlich verringert.¹⁸ Beim Vertrauen zu den Politikern und zum Parlament waren sie in den Jahren 2002 und 2004 weniger markant als beim Vertrauen zur Polizei und zu den Gerichten. Dieser An-

gleichungsprozess vollzog sich allerdings auf eine sehr unterschiedliche Weise: Beim Vertrauen zu den Politikern und zum Parlament resultierte er vornehmlich aus einem dramatischen Vertrauensverlust in Westdeutschland, bei den regulativen Institutionen hingegen aus einem Wachstum des politischen Vertrauens in Ostdeutschland. Die Einstellungen der Ostdeutschen haben sich im untersuchten Zeitraum immer deutlicher von denen der Bürger in den postkommunistischen Nachbarländern entfernt und dem westlichen Niveau angenähert. In Westdeutschland war demgegenüber ein negativerer Entwicklungstrend zu verzeichnen als in den anderen westlichen europäischen Ländern.

Faktoren des Institutionenvertrauens in Deutschland

Mit den Bedingungen, unter denen Vertrauen der Bevölkerung zur Politik entsteht oder zerfällt, haben sich zahlreiche empirische

¹⁷ Vgl. O. W. Gabriel u. a. (Anm. 2), S. 183–197.

¹⁸ Vgl. Oscar W. Gabriel, Politische Einstellungen und politische Kultur, in: ders./Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München-Wien 2005³, S. 498–514.

Untersuchungen beschäftigt. Die vielen, theoretisch nicht immer überzeugenden Erklärungsversuche lassen sich systematisch zu zwei großen Gruppen zusammenfassen, die auf verschiedenen Sichtweisen des politischen Vertrauens basieren. V. Braithwaite unterscheidet zwischen zwei Arten von Vertrauensnormen, welche die Beziehungen zwischen einer Person und ihrer Umwelt prägen. Die in liberalen Gesellschaftstheorien verankerten tauschorientierten Normen bilden die Basis der Überzeugung, eine Person oder Institution verdiene deshalb Vertrauen, weil sie ihre Aufgaben sachgerecht, kompetent, verlässlich und im Interesse der Person erfülle, die ihr Vertrauen entgegenbringt. Vertrauen ist in dieser Perspektive eine Belohnung für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit. Es bleibt aber nicht ausschließlich vergangenheitsbezogen; vielmehr projizieren Menschen positive Erfahrungen mit einem Akteur oder einer Institution in die Zukunft. Die Vertrauensbeziehung bleibt so lange erhalten, bis das gewährte Vertrauen massiv und über einen längeren Zeitraum hinweg enttäuscht wird.

Das gemeinschaftsbezogene Vertrauen hat seine Wurzeln in der kommunitarischen Philosophie und in der Überzeugung, die vertrauende Person und diejenige, der vertraut wird, gehören zur gleichen politischen Gemeinschaft, seien den gleichen Werten und Normen verpflichtet und durch Gefühle der Zusammengehörigkeit, der wechselseitigen Rücksichtnahme, des Respekts und der Interessensidentität miteinander verbunden. Diese Form des Vertrauens ist stärker gefühlsgesteuert als die tauschorientierte Form. Sie hängt auch nicht vom erwarteten Ertrag einer Vertrauensbeziehung ab, sondern ist dauerhaft und situationsunabhängig.¹⁰

Diese beiden Formen des politischen Vertrauens schließen einander keineswegs aus. Sie beeinflussen aber das Verhältnis der Menschen zu ihrer politischen Umwelt auf unterschiedliche Weise und sind mit unterschied-

¹⁰ Vgl. Gerraint Parry, *Trust, Distrust and Consensus*, in: *British Journal of Political Science*, (1976) 6, S. 129–142; Valerie Braithwaite, *Communal and Exchange Trust Norms: Their Value Base and Relevance to Institutional Trust*, in: dies./Margaret Levi (Hrsg.), *Trust and Governance*, New York 1998, S. 46–74, hier S. 51–57; V. Chanley u. a. (Anm. 6), S. 59–62.

lichen Hintergrundfaktoren verbunden. Die wichtigsten in der empirischen Forschung benutzten Ansätze zur Erklärung des politischen Vertrauens lassen sich leicht diesen beiden Vertrauenskonzepten zuordnen. In Übereinstimmung mit den Annahmen des Tauschmodells spielen die Bewertung der System- oder Regierungsleistungen sowie die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in allen empirischen Studien über die Bestimmungsfaktoren des politischen Vertrauens eine wichtige Rolle. Je zufriedener die Menschen mit den Leistungen der Regierung und des politischen Systems sind und je positiver sie die wirtschaftlichen Bedingungen bewerten, desto mehr Vertrauen bringen sie den Politikern und den politischen Institutionen entgegen. Allerdings gilt dies nicht für alle Institutionen in gleichem Maße: Das Vertrauen zu den Politikern und zu den für die Erledigung der laufenden politischen Geschäfte zuständigen Institutionen des Parteienstaates (Regierung, Parlament, politische Parteien) ist viel stärker von Performanzbewertungen geprägt als das Vertrauen zu Gerichten und zur Polizei.¹¹

Die zweite wichtige Quelle des Vertrauens liegt in der Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen und in Gefühlen der Zusammengehörigkeit. Verweise auf die Bedeutung dieser Faktoren finden sich vor allem in Beiträgen zur Theorie des Sozialkapitals, welche die Bedeutung dieser Faktoren für den Zusammenhalt von Gesellschaften betonen.¹² Unmittelbar diesem Ansatz entnommen sind das zwischenmenschliche Vertrauen und die Lebenszufriedenheit als Bestimmungsfaktoren des politischen Vertrauens. Auch das Vertrauen in die Verantwortlichkeit der Politiker kann als Größe interpretiert werden, die eine gemeinschaftsbe-

¹¹ Vgl. Melanie Walter-Rogg, *Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland*, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden 2005, S. 129–186, hier S. 154–158; Sonja Zmerli, *Politisches Vertrauen und politische Unterstützung*, in: Jan W. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002/2003*, Wiesbaden 2004, S. 229–255.

¹² Vgl. Robert D. Putnam, *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, NJ 1993, S. 167.

zogene Sicht des politischen Vertrauens widerspiegelt.

Welche Bedeutung haben tausch- bzw. gemeinschaftsbezogene Erwägungen für das Vertrauen der Ost- und Westdeutschen zur Politik? Da die Westdeutschen wesentlich länger der politischen Gemeinschaft der Bundesrepublik angehören als ihre ostdeutschen Mitbürger, spricht einiges für die Annahme, dass im Westen gemeinschaftsbezogene, im Osten tauschbezogene Orientierungen eine größere Rolle als Bestimmungsfaktoren des politischen Vertrauens spielen. Diese Wirkungen können sich auf zwei Wegen einstellen: über das Niveau und über die Einflusstärke der betreffenden Orientierungen. Wenn die System- und Regierungsleistungen im Osten negativer bewertet werden als im Westen, dann schlägt sich dies in einer zwischen beiden Landesteilen bestehenden Vertrauenslücke nieder. Diese verstärkt sich zusätzlich, wenn die Bewertung der Systemleistungen in den neuen Bundesländern einen stärkeren Einfluss auf das politische Vertrauen ausübt. Für eine derartige Annahme liefert die empirische Forschung einige Anhaltspunkte.¹² Ähnliche Überlegungen gelten für die gemeinschaftsbezogenen Vertrauensgrundlagen.

Faktoren des Institutionenvertrauens in Deutschland und Europa

Der Einfluss tausch- bzw. gemeinschaftsbezogener Einstellungen auf das politische Vertrauen lässt sich durch empirische Schätzmodelle ermitteln.¹³ In den nun präsentierten Ergebnissen dieser Analysen haben wir das politische Vertrauen durch einen Sammelindex gemessen, in den das Vertrauen in das nationale Parlament, das Rechtssystem und die Polizei einbezogen wurde. Das Vertrauen zu den Politikern blieb unberücksichtigt. Als gemeinschaftsbezogene Bestimmungsfaktoren des politischen Vertrauens haben wir das zwischenmenschliche Vertrauen und die Lebenszufriedenheit berücksichtigt, als tauschbasierte Größen die Zufriedenheit mit der Re-

gierung sowie der Wirtschaftslage.¹⁴ Dieses sehr sparsame Schätzmodell liefert eine vorzügliche Erklärung des politischen Vertrauens. Wie sich zeigt, wird das politische Vertrauen von Menschen in Ost- und Westdeutschland sowie in Ost- und Westeuropa zu einem beträchtlichen Teil auf die vier angeführten Faktoren zurückgeführt (vgl. die Abbildungen; Daten für Europa sind nicht ausgewiesen).

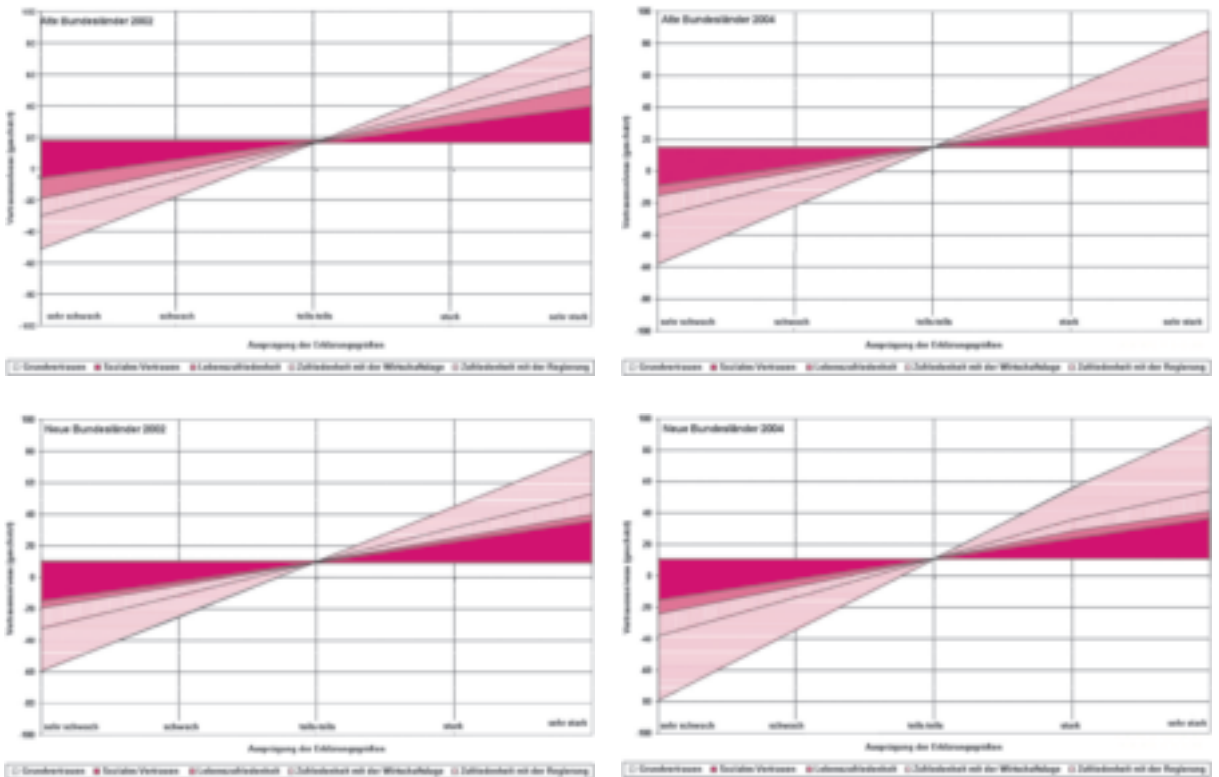
Einen besonders großen Einfluss auf das Institutionenvertrauen üben das zwischenmenschliche Vertrauen als gemeinschaftsbezogene Größe sowie die Regierungszufriedenheit als tauschbezogene Einstellung aus. Dies gilt für beide Teile Deutschlands und Europas. Dieser Sachverhalt zeigt sich in den für die Jahre 2002 und 2004 durchgeführten Analysen und bestätigt die zuvor formulierten Erwartungen über die Bedeutsamkeit gemeinschaftsbezogener und tauschbasierter Einstellungen für das Vertrauen zu politischen Institutionen. Allerdings findet die Annahme einer größeren Relevanz tauschbezogenen Vertrauens in Ostdeutschland sowie gemeinschaftsbezogenen Vertrauens in Westdeutschland in den empirischen Analysen keine Bestätigung. Beide Faktoren spielen zumindest in der ersten Befragungswelle (2002) eine ungefähr gleich große Rolle für das Institutionenvertrauen der West- und Ostdeutschen. Dieses Bild verändert sich im Verlauf von nur knapp zwei Jahren erkennbar. Der Einfluss tauschbezogenen Vertrauens nimmt in *beiden* Landesteilen zu, während sich die Bedeutung gemeinschaftsbezogenen Vertrauens weder im Osten noch im Westen nennenswert verändert. Auch dieses Ergebnis stimmt nicht uneingeschränkt mit der zuvor formulierten Annahme überein. Zwar ist nun tatsächlich das tauschbezogene Vertrauen in den neuen Ländern wichtiger geworden als das gemeinschaftsbezogene Vertrauen, allerdings gilt dies in abgeschwächter Form auch für die alten Bundesländer. Folglich wird der für etablierte Demokratien erwartete höhere Stellenwert gemeinschaftsbezogenen Vertrauens durch die

¹² Vgl. O. W. Gabriel (Anm. 4), S. 223, weniger eindeutig; M. Walter-Rogg (Anm. 10), S. 164–167; S. Zmerli (Anm. 10), S. 250–253.

¹³ Um Verzerrungen zu Gunsten der regulativen Institutionen Polizei und Rechtssystem zu vermeiden, wurde das politische Vertrauen zum Parlament bei der Indexbildung doppelt gewichtet.

¹⁴ Vgl. Sonja Zmerli/Kenneth Newton/José Ramon Montero, Trust in People, Confidence in Political Institutions, and Satisfaction with Democracy, in: Jan W. van Deth/José Ramon Montero/Anders Westholm (Hrsg.), Citizenship and Involvement among the Populations of European Democracies, London 2006.

Abbildungen: Bestimmungsfaktoren des Institutionenvertrauens in den alten und neuen Bundesländern Deutschlands, 2002 und 2004



Quelle: European Survey 2002 u. 2004.

Leseanleitung: Das politische Vertrauen wurde auf einer Skala von -100 (gar kein Vertrauen) bis 100 (hohes Vertrauen) gemessen. Die betreffenden Werte sind auf der Vertikalen abgetragen. Auf der Horizontalen finden sich die Werte der vier Erklärungsgrößen (zwischenmenschliches Vertrauen, Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Regierung, Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage), die von sehr gering (-1) ausgeprägt bis sehr stark ausgeprägt (+1) reichen. Die Stärke des Einflusses dieser vier Faktoren ist an der Größe der Flächenstücke erkennbar. Der gemeinsame Einfluss aller vier Erklärungsfaktoren lässt sich auf der Vertikalen ablesen.

Daten für Westdeutschland empirisch nicht untermauert. Zudem wäre auch der in beiden Landesteilen zu beobachtende *Bedeutungszuwachs* des tauschbezogenen Vertrauens nicht ohne weiteres zu erwarten gewesen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass politisches Vertrauen in Ost- und Westdeutschland nicht nur vergleichbaren Einflussgrößen ausgesetzt ist, sondern im Zeitverlauf auch ähnliche Entwicklungen durchläuft.

Bei diesen Beziehungsmustern handelt es sich nicht um ein rein deutsches Phänomen. Auch in West- und Mittel-Osteuropa bilden das zwischenmenschliche Vertrauen sowie die Regierungszufriedenheit die Grundpfeiler des Institutionenvertrauens, wobei die Regierungszufriedenheit im Zeitverlauf ebenfalls an Bedeutung gewinnt. Allein das politische

Basisvertrauen – das unabhängig vom Niveau unserer vier Erklärungsfaktoren existiert – ist in der osteuropäischen Bevölkerung deutlich schwächer ausgeprägt als im Westen Europas. Dies gilt aber auch für die beiden Teile Deutschlands (vgl. Abbildungen für Ost- und Westdeutschland).

Schlussbemerkungen

Aus den präsentierten Ergebnissen können verschiedene Schlüsse gezogen werden. Auch 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus vertrauen die Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften ihren Politikern und politischen Institutionen immer noch nicht im gleichen Maße, wie dies die Westeuropäer tun. In abge-

schwächer Form finden sich diese Unterschiede auch im wiedervereinigten Deutschland. Diese Feststellungen gelten für alle politischen Institutionen und für die Politiker. Ein auffallend großes West-Ost-Gefälle besteht bei den regulativen Institutionen; gerade in diesem Bereich nähern sich allerdings die Einstellungen der ostdeutschen Bürger zunehmend dem in Westeuropa vorherrschenden Muster an. Die Ost-West-Unterschiede im Niveau des politischen Vertrauens sind vornehmlich auf drei Faktoren zurückzuführen. Zunächst ist das von anderen Faktoren nicht erkennbar beeinflusste Basisvertrauen in Mittel- und Osteuropa schwächer entwickelt als in der westlichen Hälfte des Kontinents. Auch die vertrauensbildenden gemeinschaftsbezogenen und tauschbasierten Einstellungen sind in den postkommunistischen Gesellschaften noch immer schwächer ausgeprägt als in den traditionsreicheren Demokratien Westeuropas. Schließlich prägen tauschbasierte Erwägungen das politische Vertrauen der Osteuropäer stärker als das der Westeuropäer.

Politisches Vertrauen kommt demnach in Gesellschaften postkommunistischer bzw. langjähriger demokratischer Prägung teilweise auf ähnliche Weise zustande, teilweise beruht es aber auch auf anderen Ausgangsbedingungen. Dies ist insofern wichtig, als die Regierungszufriedenheit als tauschbezogene Quelle des politischen Vertrauens zwischen 2002 und 2004 gerade in Ostdeutschland erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Der in ganz Europa beobachtbare Bedeutungszuwachs tauschbezogenen Vertrauens spiegelt möglicherweise eine Reaktion enttäuschter oder verunsicherter Bürger in einer sich nachhaltig verändernden Welt wider. Unter den Bedingungen wachsender Ungewissheit können die Leistungsfähigkeit und die Responsivität der politischen Institutionen und Akteure einen maßgeblichen Beitrag zur Stärkung und Stabilisierung demokratischer Gesellschaften leisten. Politische Akteure sollten dies als Chance erkennen und den verfügbaren Gestaltungsspielraum verantwortungsvoll nutzen.

Heiner Meulemann

Religiosität: Immer noch die Persistenz eines Sonderfalls

Noch ein Jahrzehnt nach der Vereinigung sind die Ostdeutschen weniger religiös als die Westdeutschen – ein Nachhall der erzwungenen Säkularisierung,¹ welche die DDR mit den Ländern des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs teilt. Im folgenden Aufsatz werden zwei Fragen untersucht: Blieb der innerdeutsche „Vorsprung“ des Westens an Religiosität vor dem Osten bis 2004 bestehen? Und ist die innerdeutsche größer als die innereuropäische Differenz? Oder: *Persistiert* die innerdeutsche Differenz? Und: ist Deutschland hier ein *Sonderfall* in Europa?

Heiner Meulemann

Dr. phil., geb. 1944; Professor für Soziologie, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Universität zu Köln, Greinstraße 2, 50939 Köln.
meulemann@wiso.uni-koeln.de

Die Bundesrepublik ist gemäß Artikel 4 GG, der die Glaubensfreiheit des Individuums garantiert, und gemäß Artikel 140 GG, der eine Staatskirche ausschließt und die Freiheit der Religionsgemeinschaften sicherstellt, ein säkularer Staat. Kann eine nationale Gemeinschaft auch dann fortbestehen, wenn die Institutionenordnung religiös und kirchlich neutral ist und die Vorstellungen der Bevölkerung zu Religion und Kirche heterogen sind? Das wiedervereinigte Deutschland ist ein Fall für den Test dieser Frage. Wenn eine säkulare nationale Gemeinschaft gemeinsame politische und wirtschaftliche Überzeugungen, nicht aber gemeinsame religiöse Überzeugungen braucht, dann sollte die *Persistenzhypothese* gelten: Die Kluft religiöser

¹ Vgl. Heiner Meulemann, Wertwandel in Deutschland von 1949–2000, Fernuniversität Hagen – Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften 2002, S. 76–91, S. 127.

Überzeugungen zwischen West- und Ostdeutschland dauert auch weiterhin an.

In Deutschland hat die Einheit von Nation, Sprache und Kultur den Nonkonformisten auf jeder Seite die Option der Abwanderung gelassen. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 (und in schwächerem Maße auch noch danach) konnte, wer durch die Politik der DDR enteignet oder unterdrückt wurde, in den Westen fliehen. Aber damit verschärfte sich die Ost-West-Konfrontation. Die DDR verlor in den fünfziger Jahren, in denen sie die Jugendweihe gegen den Widerstand der evangelischen Kirche durchsetzte, eine hoch ausgebildete, selbstständig denkende und eigenverantwortliche Elite mit Leitungserfahrung an die alte Bundesrepublik. Das heißt aber auch, dass ein Teil der Bevölkerung, die nonkonformistisch an Kirche und Religion festhielt, die DDR verließ; ein anderer Teil, der sich konformistisch mit dem „wissenschaftlichen Atheismus“ identifizierte, blieb. Aber auch hier gab es viele, die den „wissenschaftlichen Atheismus“ ablehnten, aber trotzdem blieben. Die innerdeutsche wie die innereuropäische Differenz ist das Produkt politischer Repression; aber allein in Deutschland hat die politische Repression des Ostens eine Homogenisierung der Bevölkerung in Ost und West nach Qualifikation und Mentalität ausgelöst und kontinuierlich in Bewegung gehalten. In Europa wie in Deutschland hat die Repression gewirkt, in Deutschland aber *zusätzlich die Demographie*. Wenn das so ist, dann sollte die *Sonderfallhypothese* gelten: Die Ost-West-Kluft sollte in Deutschland größer sein als in Europa.

Vier Prüfungen der Sonderfallhypothese

Persistenz- und Sonderfallhypothese wurden bereits 2002 im European Social Survey (ESS) für 21 Länder bestätigt.¹² Sie werden im Folgenden für 2004 in 17 Ländern des ESS überprüft, von denen alle – mit Ausnahme Estlands, das nur 2004 erhoben wurde – 2002 und 2004 erhoben wurden. Das sind auf der Seite *Osteuropas* die *katholischen* Länder Tschechien (CZ), Polen (PL) und Slowenien (SLO) sowie ein *protestantisches* Land, Est-

land (EST); auf der Seite *Westeuropas* die *katholischen* Länder Österreich (A), Belgien (B), Spanien (E), Luxemburg (L) und Portugal (P), die *konfessionell gemischten* Länder Schweiz (CH) und Vereinigtes Königreich (UK), die *protestantischen* Länder Dänemark (DK), Norwegen (N) und Schweden (S) sowie Griechenland (GR). Westdeutschland (DW) gehört zu den *konfessionell gemischten*, Ostdeutschland (DO) zu den *protestantischen* Ländern.¹³ Die Sonderfallhypothese misst die Differenz zwischen den beiden deutschen Landesteilen an der Differenz zwischen west- und osteuropäischen Ländern. Je nach der Auswahl der europäischen Vergleichsländer ergeben sich vier Prüfungen der Sonderfallhypothese.

Erstens wird die innerdeutsche Differenz an der Differenz zwischen allen westlichen Ländern außer Westdeutschland und allen östlichen Ländern außer Ostdeutschland gemessen – was als *globale* Prüfung bezeichnet wird. Weil auf der Seite Osteuropas konfessionell gemischte und orthodoxe Länder fehlen, in denen die politische Repression vermutlich mit größerem Erfolg als in den katholischen Ländern eine Säkularisierung erzwungen hat, wird der Vergleichsmaßstab der innereuropäischen Differenz unterschätzt, so dass die innerdeutsche Differenz leicht relativ groß werden kann. Deshalb wird zweitens durch den Verzicht auf das kirchentreueste Land Osteuropas, nämlich Polen, die innereuropäische Differenz vergrößert und die Chance einer relativ großen innerdeutschen Differenz verkleinert – was als *verschärfte* Prüfung der Sonderfallhypothese bezeichnet wird. Die globale und verschärfte Prüfung wird 2004 mit allen Ländern durchgeführt; wenn 2004 aber mit 2002 verglichen wird, wird auch 2004 die Prüfung nur mit den Ländern durchgeführt, die zu beiden Zeitpunkten erhoben wurden, also ohne Estland.

Noch schärfer, gleichsam experimentell, kann die Sonderfallhypothese so geprüft werden, dass sich die Typen des innerdeutschen Vergleichs auch im innereuropäischen Vergleich gegenüberstehen – also konfessionell

¹² Vgl. Heiner Meulemann. Die Persistenz eines Sonderfalls, in: Jan van Deth (Hrsg.), Deutschland in Europa, Wiesbaden 2004, S. 55–76.

¹³ Vgl. Gert Pickel, Areligiosität, Antireligiosität, Religiosität, in: Christel Gärtner/Detlev Pollack/Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.), Atheismus und religiöse Indifferenz, Opladen 2003, S. 253.

gemischte und protestantische Länder. Die innerdeutsche Differenz wird dann mit der Differenz zwischen den westeuropäischen konfessionell gemischten Ländern und dem osteuropäischen protestantischen Land, Estland, verglichen. Dieser dritte Vergleich, der nur für 2004 durchgeführt werden kann, wird als *kontrollierte* Prüfung der Sonderfallhypothese bezeichnet. Alle drei bisher vorgestellten Prüfungen vergleichen die Wirkung der untergegangenen Diktaturen auf Kirche und Religion zwischen Deutschland und Europa – weshalb sie zusammenfassend als *zeitgeschichtliche* Prüfung der Sonderfallhypothese bezeichnet werden.

Die innerdeutsche Differenz kann viertens *religionsgeschichtlich* an der Differenz zwischen den katholischen und protestantischen Ländern Westeuropas gemessen werden. Die erzwungene Säkularisierung Osteuropas hat knapp ein halbes Jahrhundert wirken können. Aber die konfessionelle Teilung Westeuropas, die mit der Etablierung der protestantischen Konfessionen den Weg für die Säkularisierung überhaupt gebahnt hat, wirkt seit vier Jahrhunderten. Die religionsgeschichtliche Prüfung der Sonderfallhypothese misst ein geplantes Experiment, das den Menschen aufgedrängt wurde, an einem naturwüchsigen Trend, dem die Menschen spontan folgen. Sie vergleicht die Macht der Politik mit der Macht der Geschichte. Sie rückt die Zeitgeschichte in die Perspektive der „langen Dauer“. Sie kann gegen eine Überschätzung der Aktualität immunisieren – aber auch belegen, dass die jüngste Geschichte tatsächlich außerordentliche Wirkungen hatte.

Zu den Prüfungen der Sonderfallhypothese müssen die Durchschnitte mehrerer Länder berechnet werden, in die jedes Land unabhängig von der Größe der Bevölkerung und der Stichproben mit dem gleichen Gewicht eingeht.

Drei Maße der Religiosität

Religiosität kann man als die Einstellung zur religiösen Frage definieren. Da in Europa primär die christlichen Kirchen die religiöse Frage beantworten, ist die *Kirchenzugehörigkeit* Voraussetzung der *kirchlichen Praxis*, die als *Gottesdienstbesuch* untersucht wird. Neben die kirchliche tritt die *diffuse Religio-*

sität, die sich nur auf die religiöse Frage, nicht aber die Antworten einer Kirche richtet. Sie wird durch die *religiöse Selbsteinstufung* erfasst.

Die Kirchenzugehörigkeit ist in europäischen Ländern unterschiedlich geregelt. Eine in allen Ländern des ESS gleiche Frage konnte sich daher nur auf die *Selbstzuordnung* richten: „Unabhängig davon, ob Sie Mitglied oder Angehöriger einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, fühlen Sie sich einer bestimmten Religion zugehörig? (Falls Ja: Welche Religion oder Konfession ist das? (Liste))“. Die Häufigkeit des *Gottesdienstbesuchs* wurde im ESS mit folgender Frage erhoben: „Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zu Gottesdiensten?“ Den Befragten wurden auf einer Karte sieben Antworten von „Täglich“, „Häufiger als einmal in der Woche“, „Einmal in der Woche“ und „Mindestens einmal im Monat“ bis zu „Nur an besondern Feiertagen“, „Seltener“ und „Nie“ angeboten. Die *religiöse Selbsteinstufung* wurde wie folgt erfragt: „Unabhängig davon, ob Sie sich einer bestimmten Religion zugehörig fühlen, für wie religiös würden Sie sich selber halten?“ Vorgegeben wurde auf einer Liste eine elfstufige Skala von „überhaupt nicht religiös“ bis „sehr religiös“.

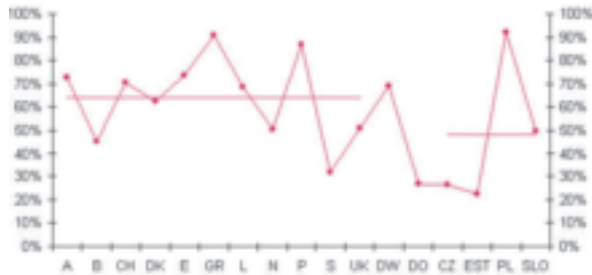
Kirchliche Zugehörigkeit

Die Kirchenzugehörigkeit wird in Deutschland üblicherweise als Mitgliedschaft erhoben. Um die *Persistenzhypothese* prüfen zu können, wurde deshalb in der deutschen Stichprobe des ESS zusätzlich gefragt: „Welcher Kirche oder Religionsgemeinschaft gehören sie an?“ Nach dieser *Mitgliedschaftsfrage* waren 2004 19 Prozent der Westdeutschen und 70 Prozent der Ostdeutschen (2002: 19 und 69) konfessionslos. Diese Zahlen schließen nahtlos an Erhebungen zwischen 1991 und 2000 an, in denen der Anteil der Konfessionslosen ohne Trend in Westdeutschland zwischen 11 und 15 Prozent, in Ostdeutschland zwischen 65 und 71 Prozent schwankt.¹⁴ Die Zahl der Konfessionslosen in

¹⁴ Diese wie alle folgenden Angaben zur Persistenz stammen aus H. Meulemann (Anm. 1), S. 117–118 und G. Pickel (Anm. 3), S. 255–258.



Abbildung 1: Kirchliche Zugehörigkeit in Deutschland und Europa 2004



Quelle: Alle Abbildungen und Tabellen basieren auf dem ESS.

Ostdeutschland geht also nicht zurück, und die Differenz beträgt rund 50 Prozentpunkte. Die Persistenzhypothese wird bestätigt.

Um die *Sonderfallhypothese* zu prüfen, muss die *Selbstzuordnungsfrage* herangezogen werden, die allein den Vergleich mit den europäischen Ländern erlaubt und deren Ergebnisse in Abbildung 1 für alle westlichen und alle östlichen Länder in der Folge der oben genannten Kürzel dargestellt sind. In Westdeutschland ordnen sich 69 Prozent, in Ostdeutschland 27 Prozent einer Kirche zu, also um 42 Prozentpunkte mehr. Das ist in der ersten Zeile der Tabelle 1 noch einmal dargestellt. Die Vergleiche dieser innerdeutschen Differenz mit den verschiedenen inner-europäischen Differenzen, die für die vier Prüfungen der Sonderfallhypothese notwendig sind, sind in den vier folgenden Zeilen der Tabelle 1 dargestellt.

In den westeuropäischen Ländern ordnen sich 64, in den osteuropäischen Ländern 48 Prozent einer Kirche zu – also um 16 Prozentpunkte mehr. Lässt man Polen außer Betracht, so sinkt der osteuropäische Durchschnitt auf 33 Prozent, und der westeuropäische Vorsprung steigt auf 31 Prozentpunkte. Vergleicht man konfessionell gemischte und protestantische Länder, so ordnen sich in Westeuropa 61 und in Osteuropa 23 Prozent einer Kirche zu – also um 38 Prozentpunkte mehr. Im ersten Vergleich ist der westdeutsche Vorsprung also um 26, im zweiten Vergleich um 11 Prozentpunkte größer als der westeuropäische. Die Sonderfallhypothese wird in der *globalen*, der *verschärften* und der *kontrollierten* Prüfung, also in allen *zeitge-*

Tabelle 1: Prüfung der Sonderfallhypothese für die Kirchenzugehörigkeit 2004 (in Prozent)

	West	Ost	d	d(d)
Deutschland	69	27	42	
Europa	64	48	16	26
Europa ohne Polen	64	33	31	11
Europa: gemischt vs. protestantisch	61	23	38	4
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	69	48	21	21

d = Differenz, d(d) Differenz der Differenzen.

schichtlichen Prüfungen bestätigt. Da der *religionsgeschichtliche* Vergleich sich nur noch auf westeuropäische Länder bezieht, ist das Mittel katholischer (69 Prozent) und protestantischer westeuropäischer Länder (48 Prozent) in dieser und allen folgenden Tabellen durch einen dicken Strich abgesetzt. Auch im religionsgeschichtlichen Vergleich wird die Sonderfallhypothese bestätigt: Die erzwungene Säkularisierung hat in Deutschland um 21 Prozentpunkte stärker gewirkt als die konfessionelle Teilung in Westeuropa.

Die *globale* und die *verschärfte* Prüfung der Sonderfallhypothese konnten auch im ESS 2002 durchgeführt werden. Im Jahre 2002 ordneten sich in Westdeutschland 70, in Ostdeutschland 30 Prozent einer Kirche zu – also um 40 Prozentpunkte mehr. Diese innerdeutsche Differenz übertrifft die inner-europäischen Differenzen 2002 in der globalen Prüfung um 34 und der verschärften um 16 Prozentpunkte. Die innerdeutsche Kluft übertrifft die innereuropäische im Jahre 2004 also etwas stärker als im Jahre 2002. Aber das ergibt sich daraus, dass 2002 mit Estland ein besonders kirchenfernes Land nicht erhoben wurde, so dass der Vergleichsmaßstab der innereuropäischen Kluft 2002 günstiger war. Führt man die globale und verschärfte Prüfung der Sonderfallhypothese auch 2004 ohne Estland durch, so haben die Differenzen der Prozentpunkte genau den gleichen Betrag wie 2002. Auch die *religionsgeschichtliche* Prüfung der Sonderfallhypothese wurde 2002 mit den gleichen Ländern durchgeführt wie 2004. Die innerdeutsche Kluft übertrifft die innerwesteuropäische 2002 um 15 Prozentpunkte, also fast so deutlich wie 2004.



Welche der drei zu beiden Zeitpunkten möglichen Prüfungen man also auch betrachtet, am Sonderfall Deutschland hat sich zwischen 2002 und 2004 nichts geändert: Die Entkirchlichung ist in Ostdeutschland stärker als in Osteuropa, und die jüngste politische Repression hat mehr Spuren hinterlassen als die Säkularisierung und die Nationenbildung.

Gottesdienstbesuch

Die Mittelwerte der Häufigkeiten des Gottesdienstbesuchs in der Gesamtbevölkerung sind in Abbildung 2 durch eine breite Linie dargestellt. In Westdeutschland (2.51) liegt der durchschnittliche Gottesdienstbesuch 0.84 Skaleneinheiten höher als in Ostdeutschland (1.67). Anders dargestellt, gehen in Westdeutschland 32 und in Ostdeutschland 65 Prozent „nie“ in die Kirche; diese Zahlen schließen nahtlos an den ESS 2002 und an Erhebungen zwischen 1991 und 2000 an. Von 1991 bis 2004 besuchten um rund 45 Prozentpunkte mehr Ost- als Westdeutsche niemals einen Gottesdienst. Die *Persistenzhypothese* wird bestätigt.

Um die *Sonderfallhypothese* zu prüfen, muss die innerdeutsche Differenz wiederum mit innereuropäischen Differenzen verglichen werden. Das ist für die *Gesamtbevölkerung* im oberen Drittel der Tabelle 2 dargestellt. Da der Vergleich denselben Regeln wie in Tabelle 1 folgt, wird im Text zu allen folgenden Tabellen nur noch auf die Differenzen und auf deren Differenzen, also auf die jeweils letzten beiden Spalten, Bezug genommen.

Der Vorsprung des Westens in Deutschland steht im Kontrast zum Rückstand des Westens in Europa: Der Mittelwert für Westeuropa liegt unter dem für Osteuropa – allerdings über dem für Osteuropa ohne Polen. Der innerdeutsche übertrifft den innereuropäischen West-Ost-Unterschied ohne wie mit Polen und zwischen konfessionell gemischten und protestantischen Ländern um 1.09, 0.60 bzw. 0.56 Skaleneinheiten. Die *Sonderfallhypothese* wird somit in der *globalen, verschärften* und *kontrollierten* Prüfung, also in allen *zeitgeschichtlichen* Prüfungen bestätigt. Vergleicht man die innerdeutsche Differenz mit der Differenz zwischen dem Mittel katholischer und protestantischer westeuropäischer Länder, so

Abbildung 2: Gottesdienstbesuch in Deutschland und Europa 2004: Mittelwerte der Gesamtbevölkerung, der Kirchengehörigen (oben) und der Nichtkirchengehörigen (unten)

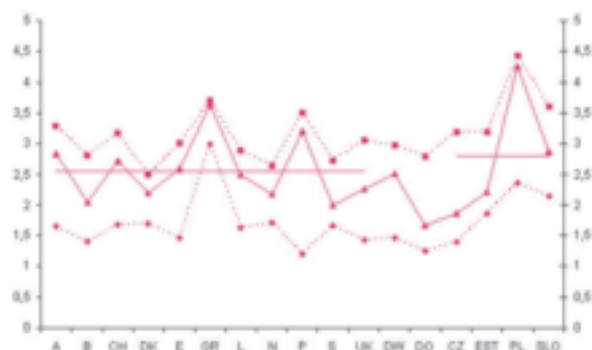


Tabelle 2: Prüfung der Sonderfallhypothese für den Gottesdienstbesuch in der Gesamtbevölkerung, bei den Kirchengehörigen und bei den Nichtkirchengehörigen 2004: Mittelwerte

	West	Ost	d	d(d)
<i>Gesamtbevölkerung</i>				
Deutschland	2.51	1.67	0.84	
Europa	2.56	2.81	-0.25	1.09
Europa ohne Polen	2.56	2.32	0.24	0.60
Europa: gemischt vs. protestantisch	2.49	2.21	0.28	0.56
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	2.63	2.13	0.50	0.34
<i>Kirchengehörige</i>				
Deutschland	2.96	2.78	0.18	
Europa	3.09	3.89	-0.80	0.98
Europa ohne Polen	3.09	3.39	-0.30	0.48
Europa: gemischt vs. protestantisch	3.12	3.19	-0.07	0.25
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	3.14	2.59	0.55	-0.37
<i>Nichtkirchengehörige</i>				
Deutschland	1.47	1.25	0.22	
Europa	1.61	1.81	-0.20	0.42
Europa ohne Polen	1.61	1.79	-0.18	0.40
Europa: gemischt vs. protestantisch	1.52	1.93	-0.41	0.63
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	1.49	1.69	-0.20	0.42

d = Differenz, d(d) Differenz der Differenzen. Werte aus Skala von 1 bis 7 (häufig).

wird die Sonderfallhypothese auch im *religionsgeschichtlichen* Vergleich bestätigt. Die erzwungene Säkularisierung in Deutschland hat um 0.34 Skalenpunkte stärker gewirkt als die konfessionelle Teilung Westeuropas. Wiederum gilt zweierlei: Die Entkirchlichung ist in Ostdeutschland stärker als in Osteuropa, und die Zeitgeschichte ist mächtiger als die Geschichte.

Erneut können die globale und verschärfte zeitgeschichtliche und die religionsgeschichtliche Prüfung der Sonderfallhypothese mit dem ESS 2002 verglichen werden. 2002 liegt in Westdeutschland (2.56) der durchschnittliche Gottesdienstbesuch um 0.81 Skalenpunkte höher als in Ostdeutschland (1.75). Diese innerdeutsche Differenz übertrifft die innereuropäischen Differenzen im *globalen* Vergleich um 1.30, im *verschärften* Vergleich um 0.67 und im *religionsgeschichtlichen* Vergleich um 0.26 Skalenpunkte. Wiederholt man wiederum die globale und verschärfte Prüfung der Sonderfallhypothese 2004 nur in den Ländern, die auch 2002 erhoben wurden, so haben die Differenzen der Prozentpunkte 2004 fast den gleichen Betrag wie 2002: 1.29 und 0.65. Wiederum führt also die Prüfung der Sonderfallhypothese zu beiden Zeitpunkten zu den gleichen Ergebnissen.

Aber diese Ergebnisse stehen unter einem Vorbehalt. Die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs hängt von der Kirchenzugehörigkeit ab, und die Kirchenzugehörigkeit schwankt – wie Abbildung 1 gezeigt hat – stark zwischen den Ländern. Die Länderunterschiede des Gottesdienstbesuchs können also durch die Länderunterschiede der Kirchenzugehörigkeit bedingt sein. Um diesen Vorbehalt auszuräumen, muss man in allen Ländern den Gottesdienstbesuch für Kirchenzugehörige und Nichtkirchenzugehörige getrennt betrachten. Die entsprechenden Mittelwerte für 2004 sind in Abbildung 2 durch zwei schmale Linien wiedergegeben; die entsprechenden Berechnungen zur Prüfung der Sonderfallhypothese können in den beiden unteren Dritteln der Tabelle 2 nachvollzogen werden.

Auch bei den Kirchenzugehörigen und den Nichtkirchenzugehörigen bleibt der Gottesdienstbesuch in Westdeutschland (0.18 und 0.22) höher als in Ostdeutschland. Da mit der Kirchenzugehörigkeit aber ein starker Einfluss auf den Gottesdienstbesuch aus der Be-

trachtung genommen wurde, ist die Differenz geschrumpft: Vom Landesteilunterschied in der gesamten Bevölkerung von 0.84 bleibt nur rund ein Viertel bestehen; drei Viertel sind durch die höhere Kirchenzugehörigkeit in Westdeutschland und den höheren Gottesdienstbesuch der Kirchenzugehörigen in beiden Landesteilen bedingt. Mit Blick auf Abbildung 2 gesprochen: Der Gottesdienstbesuch der Kirchenzugehörigen geht in Westdeutschland, der Gottesdienstbesuch der Nichtkirchenzugehörigen in Ostdeutschland stärker in den Durchschnittswert für die Gesamtbevölkerung ein, so dass die breite Linie eine stärkere Kluft als die beiden schmalen Linien aufweist. Aber es bleiben Landesteildifferenzen bestehen, die nicht mehr auf Unterschiede der Kirchenzugehörigkeit zwischen den beiden Landesteilen zurückgeführt werden können: Die *Persistenzhypothese* wird also nicht nur in der Gesamtgruppe, sondern auch bei Zugehörigen wie Nichtzugehörigen der Kirchen bestätigt.

Während bei Kontrolle der Kirchenzugehörigkeit der westdeutsche Vorsprung reduziert wird, wächst der westeuropäische Rückstand in der Gesamtbevölkerung von -0.25 bei den Kirchenzugehörigen auf -0.80 an und bleibt bei den Nichtzugehörigen mit -0.20 ungefähr gleich, so dass der westdeutsche Vorsprung um 0.98 bzw. 0.42 Skalenpunkte größer ist als der westeuropäische Rückstand. Wird Polen nicht einbezogen, so verwandelt sich der westeuropäische Vorsprung von 0.24 in einen Rückstand von -0.30 und -0.18, so dass der westdeutsche Vorsprung um 0.48 bzw. 0.40 Skalenpunkte größer ist als der westeuropäische Rückstand. Werden konfessionell gemischte Länder in Westeuropa mit protestantischen in Osteuropa verglichen, so verwandelt sich der westeuropäische Vorsprung von 0,28 in einen Rückstand von -0.07 bzw. -0.41, so dass der westdeutsche Vorsprung um 0.25 bzw. 0.63 Skalenpunkte größer ist als der westeuropäische Rückstand. Die Sonderfallhypothese wird also in der *globalen*, *verschärften* und *kontrollierten* Prüfung bestätigt. Vergleicht man schließlich die innerdeutsche Differenz mit der Differenz zwischen dem Mittel bei Kirchenzugehörigen und Nichtkirchenzugehörigen katholischer und protestantischer westeuropäischer Länder von 0.55 und -0.20, so wird die Sonderfallhypothese im *religionsgeschichtlichen* Vergleich *nicht* bestätigt: Der



westdeutsche Vorsprung ist bei den Kirchenzugehörigen um -0.37 kleiner und bei den Nichtkirchenzugehörigen um 0.42 größer als die innerwesteuropäische Differenz – insgesamt ergibt sich also kein Unterschied.

Auch für die Kirchenzugehörigen und Nichtkirchenzugehörigen kann die globale und verschärfte zeitgeschichtliche und die religionsgeschichtliche Prüfung der Sonderfallhypothese mit dem ESS 2002 verglichen werden. 2002 liegt in Westdeutschland der durchschnittliche Gottesdienstbesuch bei den Kirchenzugehörigen um 0.16 Skaleneinheiten und bei den Nichtkirchenzugehörigen um 0.19 Skaleneinheiten höher als in Ostdeutschland (1.75). Diese innerdeutsche Differenz übertrifft die innereuropäischen Differenzen im globalen Vergleich bei den Kirchenzugehörigen um 1.06, im verschärften Vergleich um 0.58 Skaleneinheiten; im religionsgeschichtlichen Vergleich bleibt die innerdeutsche Differenz um -0.45 Skaleneinheiten hinter der innereuropäischen Differenz zurück; bei den Nichtkirchenzugehörigen hingegen übertrifft die innerdeutsche Differenz alle drei innereuropäischen Differenzen um 0.33, 0.31 und 0.49 Skaleneinheiten. Wiederholt man die globale und verschärfte Prüfung der Sonderfallhypothese 2004 in den gleichen Ländern wie 2002, so betragen die entsprechenden Differenzen der Mittelwerte 1.08 und 0.54 bzw. 0.33 und 0.31. Wiederum führt also die Prüfung der Sonderfallhypothese zu beiden Zeitpunkten zu den gleichen Ergebnissen.

Alles in allem fährt die Sonderfallhypothese bei Kontrolle der Kirchenzugehörigkeit nur wenig schlechter als ohne Kontrolle. In allen *zeitgeschichtlichen* Vergleichen bleibt die West-Ost-Differenz in Deutschland größer als in Europa. Im *religionsgeschichtlichen* Vergleich aber sind beide Ost-West-Differenzen in etwa gleich: Die Zeitgeschichte hinterlässt nicht mehr stärkere, aber immerhin noch gleich starke Spuren wie die „lange Dauer“.

Religiöse Selbsteinstufung

Die Mittelwerte der religiösen Selbsteinstufung in der Gesamtbevölkerung – wie die erste Zeile des oberen Drittels der Tabelle 3 zeigt – liegen in Westdeutschland um 2.41 Skaleneinheiten höher als in Ostdeutschland.

Tabelle 3: Prüfung der Sonderfallhypothese für die religiöse Selbsteinstufung in der Gesamtbevölkerung, bei den Kirchenzugehörigen und bei den Nichtkirchenzugehörigen 2004: Mittelwerte

	West	Ost	d	d(d)
<i>Gesamtbevölkerung</i>				
Deutschland	4.75	2.34	2.41	
Europa	4.80	4.39	0.41	2.00
Europa ohne Polen	4.80	3.66	1.14	1.27
Europa: gemischt vs. protestantisch	4.90	3.47	1.43	1.98
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	4.77	3.96	0.81	1.60
<i>Kirchenzugehörige</i>				
Deutschland	5.66	5.40	0.26	
Europa	5.90	6.40	-0.50	0.76
Europa ohne Polen	5.90	5.95	-0.05	0.31
Europa: gemischt vs. protestantisch	6.06	5.93	0.13	0.13
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	5.73	5.13	0.60	-0.34
<i>Nichtkirchenzugehörige</i>				
Deutschland	2.68	1.19	1.49	
Europa	2.84	2.54	0.30	1.19
Europa ohne Polen	2.84	2.52	0.32	1.17
Europa: gemischt vs. protestantisch	3.11	2.74	0.37	1.12
Westeuropa: katholisch vs. protestantisch	2.59	2.83	-0.24	1.73

d = Differenz, d(d) Differenz der Differenzen. Werte aus Skala von 0 bis 10 (sehr religiös).

Das schließt an den westdeutschen Vorsprung 2002 von 2.33 Skaleneinheiten sowie an die zwischen 1991 und 2000 ähnlich erhobenen Differenzen an. Die *Persistenzhypothese* wird bestätigt.

Die *Sonderfallhypothese* wird in der Gesamtgruppe in allen Prüfungen und in den beiden Zugehörigkeitsgruppen in allen zeitgeschichtlichen Prüfungen bestätigt.

Vergleicht man die globale und verschärfte zeitgeschichtliche und die religionsgeschichtliche Prüfung zwischen 2004 und 2002, so werden zu beiden Zeitpunkten die zeitgeschichtlichen, nicht aber die religionsgeschichtlichen Prüfungen bestätigt; die Werte der Differenzen stimmen sehr stark überein.

Am Sonderfall Deutschland hat sich zwischen 2002 und 2004 nichts geändert.

Alles in allem fährt die Sonderfallhypothese bei Kontrolle der Kirchenzugehörigkeit nur wenig schlechter als ohne Kontrolle. In allen *zeitgeschichtlichen* Vergleichen bleibt die West-Ost-Differenz in Deutschland größer als in Europa. Im *religionsgeschichtlichen* Vergleich aber sind beide Ost-West-Differenzen in etwa gleich.

Rückblick und Ausblick

Die Analyse der Kirchenzugehörigkeit, der Kirchengangshäufigkeit und der religiösen Selbsteinstufung zeigt eine starke Übereinstimmung. Sie lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen. *Erstens* überdauert – wie in der *Persistenzhypothese* erwartet – der westdeutsche Vorsprung an Religiosität bis heute. *Zweitens* ist – wie in der *Sonderfallhypothese* erwartet – der Vorsprung Westdeutschlands vor Ostdeutschland größer als der Vorsprung Westeuropas vor Osteuropa. Das gilt auch dann, wenn man Polen – das religiöseste Land nicht nur Osteuropas, sondern Europas überhaupt – aus dem Vergleich ausschließt und so die Bedingungen *verschärft*, unter der Deutschland ein Sonderfall in Europa sein kann. Das gilt weiterhin überwiegend auch dann, wenn man den religiösen Typus des Landes *kontrolliert* und in Westeuropa wie in Deutschland gemischt konfessionelle Länder im Westen mit einem protestantischen Land im Osten vergleicht. Das gilt schließlich oft auch dann noch, wenn man die innerdeutsche Differenz mit der innerwesteuropäischen Differenz zwischen katholischen und protestantischen Ländern vergleicht. Selbst bei Kontrolle der Kirchenzugehörigkeit sind die innerdeutschen Differenzen zwar nicht mehr größer, aber meist doch noch ebenso groß wie die innerwesteuropäischen. *Drittens* gelten die Ergebnisse dieses Vergleichs europäischer Länder 2002 und 2004 in nahezu derselben Weise.

Die Kluft der Religiosität in den beiden Teilen Deutschlands kann also immer noch als *die Persistenz eines Sonderfalls* beschrieben werden. Deutschland ist ein negativer Testfall für die These, dass sich die Sozialintegration eines säkularen Staates auf religiöse Gemeinsamkeiten der Bürger gründet. Die

Bevölkerungen der früheren deutschen Teilstaaten leben seit anderthalb Jahrzehnten zusammen, und viele ihrer politischen Einstellungen haben sich angenähert, aber ihre Religiosität liegt nach wie vor weit auseinander. Worauf auch immer eine Sozialverfassung sich gründet, die Religion ist es nicht. Sie ist nicht der Kitt des säkularen Staates.

Weil der Sonderfall der deutschen Unterschiede an den europäischen Unterschieden gemessen wurde, kann er nicht aus Bedingungen erklärt werden, die auch in Europa gelten. Er muss aus der deutschen Teilung gedeutet werden, welche die Wirkung der konträren Institutionenordnungen *verstärkt* hat. Die 40-jährige Koexistenz in *inem* Land hat es ermöglicht, dass Bevölkerungen und Kirchen sich stärker als in verschiedenen anderen Ländern auseinander entwickelt haben. Sie hat einerseits der Bevölkerung die Flucht vor dem kirchenfeindlichen Staat erlaubt, so dass die Religion *mehr* als dort, wo auch die kirchennahe Bevölkerung im Lande bleiben musste, an Rückhalt verloren hat. Sie hat andererseits den Staat zur *verstärkten* politischen Repression der Kirchen und die Kirchen zur *gesteigerten* Anpassung an den Staat gezwungen. Deshalb hat die historische und kulturelle Klammer in Deutschland in der Zeit der staatlichen Teilung den Effekt der konträren Institutionenordnung auf die Religiosität nicht – wie auf die politische Einstellung – abgemildert, sondern verschärft.

Edeltraud Roller

Das Bildungs- und Gesundheitssystem im Urteil der Bürger

Zwei zentrale Sozialsysteme, das Bildungs- und das Gesundheitssystem, stehen in Deutschland seit einigen Jahren im Mittelpunkt einer kritischen öffentlichen Diskussion. Der Anlass für beide Debatten und ihr Inhalt sind jedoch unterschiedlich. Die öffentliche Auseinandersetzung über das Bildungs-

Edeltraud Roller

Dr. phil., geb. 1957; Professorin für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, 55099 Mainz. roller@politik.uni-mainz.de

system wurde durch die Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 angestoßen, die dem bundesdeutschen Bildungssystem eine im Vergleich zu anderen OECD-Ländern unterdurchschnittliche Leistungsfähigkeit bescheinigt.¹ In der zweiten PISA-Studie aus dem Jahr 2003 hat Deutschland zwar besser abgeschnitten, doch belegt es nach wie vor nur einen Platz im Mittelfeld.² Im Zentrum der Debatte steht nicht nur das vergleichsweise niedrige Niveau deutscher Schüler bei Basiskompetenzen wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Kritisch diskutiert wird auch die vergleichsweise große Selektivität des deutschen Bildungssystems beim Übergang zu weiterführenden Schulen und die damit verbundene Reproduktion sozialer Ungleichheit durch dieses System.

Die Debatte über das Gesundheitssystem steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Diskussion über die Krise des bundesdeutschen Sozialstaats, die seit dem Wirtschaftseinbruch 1973/74 und verstärkt seit der deutschen Einigung die Öffentlichkeit beschäftigt. Das Gesundheitssystem bildet neben der Alterssicherung, dem Arbeitslosengeld und der Sozialhilfe eine der zentralen Säulen des Sozialstaats. Wie die allgemeine Krisendiskussi-

on über den Sozialstaat konzentriert sich die gesundheitspolitische Debatte weniger auf die Frage der mangelnden Leistungsfähigkeit als vielmehr auf Probleme der Finanzierung von Sozialleistungen und der Kostenkontrolle. Diese Probleme sind vor allem das Resultat demographischer Ungleichgewichte, andauernder Arbeitslosigkeit und der Folgekosten der deutschen Einheit. Im Zuge dieser Diskussion wurden gesundheitspolitische Leistungen gekürzt und die Eigenbeteiligung der Bürger erhöht; zuletzt im Jahr 2004 mit Einführung der Praxisgebühr. Weitere Reformen zur Sicherung der Finanzierung des Gesundheitssystems sind geplant.

In diesem Beitrag soll untersucht werden, wie sich diese Debatten und Reformmaßnahmen in den Urteilen der Bürgerinnen und Bürger niederschlagen. Gegenstand sind also die Wahrnehmungen und das Problembewusstsein der Bürger. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: 1. Wie beurteilen die Bundesbürger das Bildungs- und das Gesundheitssystem im Vergleich zu den Bürgern anderer west- und osteuropäischer Länder? Angesichts des schlechten Abschneidens bei den PISA-Studien sind insbesondere für das Bildungssystem vergleichsweise negative Urteile erwartbar. 2. Sind die Ostdeutschen kritischer gegenüber dem Bildungs- und Gesundheitssystem eingestellt als die Westdeutschen? Aus einer Vielzahl von Untersuchungen ist bekannt, dass die Ostdeutschen nach wie vor sehr stark von der sozialpolitischen Überlegenheit der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik überzeugt sind und dass sie den Werten der sozialen Gleichheit und der sozialen Sicherheit eine größere Bedeutung zuweisen.³ Dieses Einstellungs-

¹ Vgl. Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001.

² Vgl. PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster 2004.

³ Vgl. Dieter Fuchs, Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland?, in: Institutionenwandel (Leviathan, Sonderheft 16, hrsg. von Gerhard Göhler), Opladen 1997; Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Wessels, Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (1997) 51, S. 1–12; Edeltraud Roller, Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung, in: Fritz Plasser u. a. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Öster-

syndrom wird auch als sozialistisches Erbe der DDR bezeichnet. 3. Welche Faktoren beeinflussen die Urteile der Bundesbürger über das Bildungs- und das Gesundheitssystem, und wie strittig sind diese Einschätzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen?

Diese Fragen werden zunächst für das Bildungssystem und anschließend für das Gesundheitssystem untersucht. Abschließend werden Konsequenzen aus diesen Befunden diskutiert. Die empirischen Analysen basieren auf repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die 2002/03 und 2004 im Rahmen des European Social Survey in verschiedenen west- und osteuropäischen Ländern durchgeführt worden sind.

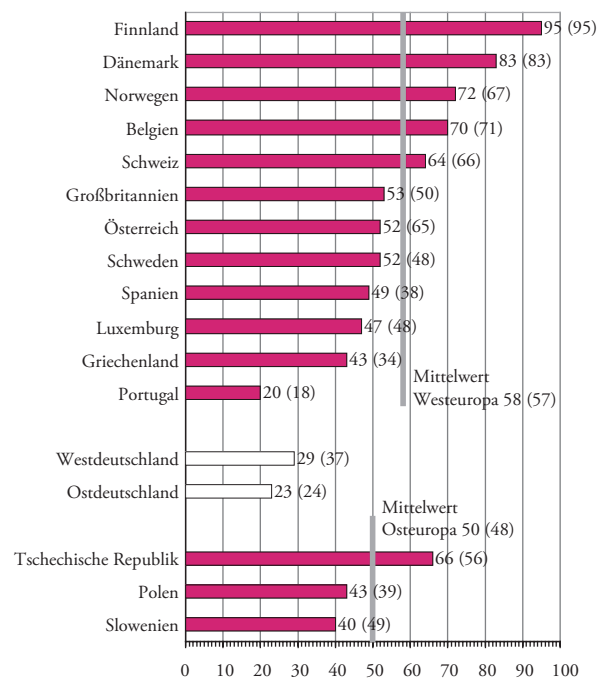
Bildungssystem

Die Beurteilung des Bildungssystems wird anhand folgender Frage ermittelt: „Sagen Sie mir, wie Sie – alles in allem – den derzeitigen Zustand des Bildungssystems (im Land) einschätzen.“ Die Befragten können ihre Antwort mit einer Skala abstufen, die von äußerst schlecht (0) bis äußerst gut (10) reicht. Bei dieser Frage geht es also nicht um die Beurteilung einzelner Aspekte des Bildungssystems, sondern um ein Gesamturteil. Außerdem wird nach dem „Zustand“ des Systems gefragt. Dieser schließt neben der Zufriedenheit mit den Leistungen des Systems auch Urteile über den Aufbau und die Organisation dieses Systems ein.

In Schaubild 1 ist für West- und Ostdeutschland sowie für insgesamt zwölf westeuropäische und drei osteuropäische Länder der Anteil der Befragten eingetragen, der im Jahr 2004 das Bildungssystem positiv beurteilt (Skalenpunkte 6–10). Die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern sind ausgesprochen groß. In Finnland sind fast alle Bürger (95 Prozent) mit dem Bildungssystem zufrieden; in Portugal, das den vergleichsweise niedrigsten Wert aufweist, sind es dagegen nur 20 Prozent. Deutschland liegt am unteren Ende dieser Rangreihe, hier werden die

reich, Frankfurt/M. 1999; Katja Neller, Auferstanden aus Ruinen? Das Phänomen „DDR-Nostalgie“, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Hans Rattinger (Hrsg.), Wächst zusammen, was zusammengehört?, Baden-Baden 2005.

Schaubild 1: Positive Bewertung des Bildungssystems 2004 (in Prozent; Angaben für 2002/03 in Klammern)



Frage: Sagen Sie mir, wie Sie – alles in allem – den derzeitigen Zustand des Bildungssystems (im Land) einschätzen, Skala: 0 = äußerst gut . . . 10 = äußerst schlecht. Positive Bewertung: Skalenpunkte 6–10.

Quelle: European Social Survey 2002/03 und 2004.

zweitschlechtesten Ergebnisse ermittelt: Lediglich 29 Prozent der Westdeutschen und 23 Prozent der Ostdeutschen äußern sich positiv über das Bildungssystem. Die Bürger aller drei osteuropäischen Länder – Tschechische Republik, Polen und Slowenien – sind mit ihrem Bildungssystem deutlich zufriedener als die Bundesbürger. Das gilt insbesondere für die Tschechische Republik (66 Prozent).

Da die Bundesbürger bei der Einschätzung des Bildungssystems im europäischen Vergleich am unteren Ende liegen und Finnland, das bei PISA am besten abgeschnitten hat, Spitzenwerte aufweist, liegt die Vermutung nahe, dass sich in dieser Rangliste der Länder auch die PISA-Ergebnisse widerspiegeln. Vergleicht man die in Schaubild 1 dargestellte Rangfolge der Länder mit den Ergebnissen der PISA-Studie 2000 zur Lesekompetenz und der PISA-Studie 2003 zu den Mathematikleistungen, so ergibt sich der erwartete Zu-

sammenhang.¹⁴ Länder wie Finnland und Belgien, in denen die Bürger überdurchschnittlich positive Urteile äußern, weisen in der Tat überdurchschnittliche Leistungen bei PISA auf, während Länder wie Deutschland, Griechenland, Spanien und Portugal, in denen negative Urteile überwiegen, zu den Ländern mit unterdurchschnittlichen Ergebnissen bei PISA gehören. Die Bürger registrieren offenbar den Tenor der öffentlichen Diskussion, und dieser fließt in ihre individuelle Einschätzung des Zustandes des Bildungssystems ein.

Allerdings kann aus diesem Ergebnis nicht der Schluss gezogen werden, dass die Deutschen erst im Zuge der PISA-Ergebnisse zu einer negativen Einschätzung des Bildungssystems gelangt seien. Eine zeit- und ländervergleichende Untersuchung kann zeigen, dass in Westdeutschland die Zufriedenheit mit dem Bildungssystem nicht erst nach dem „PISA-Schock“ Anfang der 2000 abgenommen hat. Dieser negative Trend hat bereits in den Jahren zuvor eingesetzt.¹⁵ Heiner Meulemann spricht in diesem Zusammenhang von einer „unterschwellig“ Unzufriedenheit, die nach dem Abschluss der Bildungsexpansion und der Abnahme der bildungsreformerschen Interessen in den siebziger Jahren eingesetzt und den „Boden für den Erfolg von PISA“ bereitet habe.¹⁶

Wie die im Schaubild 1 für das Jahr 2002/03 in Klammern abgetragenen Werte zeigen, hat sich in Westdeutschland dieser negative Trend in den Jahren seit 2000 noch weiter fortgesetzt. Während im Jahr 2002/03 noch 37 Prozent der Westdeutschen das Bildungssystem positiv beurteilen, sind es 2004 nur noch 29 Prozent. Die Urteile der Ostdeutschen sind mit 24 Prozent im Jahr 2002/03 und 23 Prozent im Jahr 2004 nahezu stabil.

Was die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen anbelangt, so waren im Jahr 2002/03 die Ostdeutschen tatsächlich kritischer gegenüber dem Bildungssystem einge-

¹⁴ Die Korrelation (Pearson's r) zwischen der Rangfolge der Länder bei den Bürgerurteilen mit der Lesekompetenz (PISA 2000) bzw. der mathematischen Kompetenz (PISA 2003) beträgt 0.61 bzw. 0.72 (zur Erläuterung von Pearson's r vgl. Tabelle 1).

¹⁵ Vgl. Heiner Meulemann, Bildung als Wettlauf der Nationen?, in: Jan W. van Deth (Hrsg.), Deutschland in Europa, Wiesbaden 2004.

¹⁶ Ebd., S. 140.

Tabelle 1: Positive Bewertung des Bildungssystems durch verschiedene Bevölkerungsgruppen 2004

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Prozent	Korrelation ^a	Prozent	Korrelation
<i>Geschlecht</i>		-0.00		0.04
Männer	30		21	
Frauen	28		25	
<i>Alter</i>		0.03		-0.01
Bis 29 Jahre	33		21	
30 bis 59 Jahre	26		24	
60 Jahre und mehr	32		23	
<i>Haushaltseinkommen pro Monat</i>		0.01		-0.08*
Weniger als 1500 €	27		24	
1500 bis 3000 €	31		22	
Mehr als 3000 €	29		21	
<i>Höchster Schulabschluss</i>		-0.08**		-0.08**
Kein Abschluss	45		26	
Hauptschule	30		28	
Realschule	29		21	
Fachhochschulreife/ Abitur	24		21	
Fachhochschule/ Universität	27		18	
<i>Politisches Interesse</i>		-0.10**		-0.13**
Wenig/überhaupt nicht interessiert	30		31	
Sehr/ziemlich interessiert	28		16	
<i>Staatsverantwortung für Reduktion von Einkommensunterschieden</i>		0.05*		-0.06
Lehne stark/lehne ab	24		23	
Weder noch	30		30	
Stimme stark/stimme zu	30		22	
<i>Links-Rechts-Selbsteinstufung</i>		0.04		0.16**
Links	26		18	
Mitte	28		25	
Rechts	32		31	
<i>Parteipräferenz</i>		0.08*		0.23**
PDS	-		11	
Bündnis 90/Die Grünen	23		21	
SPD	30		31	
FDP	36		33	
CDU/CSU	32		29	

** signifikant auf 1-Prozent-Niveau; * signifikant auf 5-Prozent-Niveau.

a Pearson's r: Dieser gibt die Stärke und Richtung des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen an. Der Wert 0 zeigt, dass kein Zusammenhang existiert, der Wert 1, dass ein perfekter Zusammenhang existiert; das Vorzeichen gibt Auskunft über die Richtung des Zusammenhangs.

Quelle: European Social Survey 2004.

stellt als die Westdeutschen. Danach haben sich die Westdeutschen den Ostdeutschen in ihrem negativen Urteil angenähert. Während im Jahr 2002/03 die Differenz zwischen West- und Ostdeutschen noch 13 Prozent-

punkte beträgt, ist sie mit sechs Prozentpunkten im Jahr 2004 fast zu vernachlässigen.

Von welchen Faktoren werden diese Urteile der Bundesbürger beeinflusst, und wie strittig sind die Einschätzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Eine Einflussgröße ist sicherlich die öffentliche Thematisierung und die kritische Diskussion der Ergebnisse der PISA-Studien. Dieser Faktor kann zwar nicht direkt überprüft werden. Ein gewisser Beleg für diese These kann jedoch darin gesehen werden, dass sich in Ost- und Westdeutschland diejenigen, die sich für Politik interessieren, kritischer über das Bildungssystem äußern als diejenigen, die sich wenig oder gar nicht für Politik interessieren (vgl. Tabelle 1).

Ein zweiter, in der Wohlfahrtsforschung diskutierter Einflussfaktor sind die persönlichen Erfahrungen und objektiven Lebensbedingungen in dem jeweiligen Lebensbereich.¹⁷ Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sollten demnach das Bildungssystem positiver beurteilen als Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Wie die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse zeigen, liegt ein solcher Zusammenhang zwischen Schulabschluss und Bewertung des Bildungssystems nicht vor. Es ist genau umgekehrt: Mit zunehmendem Bildungsabschluss nimmt die positive Bewertung des Bildungssystem ab. Personen mit Abitur oder einem Fachhochschul-/Universitätsabschluss äußern die kritischsten Urteile über den Zustand des Bildungssystems.¹⁸ Eine Erklärung für diesen Befund könnte sein, dass der Bildungsgrad auch mit unterschiedlichen Wertorientierungen einhergeht. So ist aus anderen Studien bekannt, dass Personen mit einem hohen Bildungsabschluss der Bildung als Gut einen höheren Wert zuweisen als Personen mit einem niedrigeren Abschluss. Dies könnte dazu führen, dass höher Gebildete die Leistungen des Bildungssystems kritischer bewerten als Personen mit keinem oder einem niedrigeren Schulabschluss.

Dies leitet zu einem dritten Einflussfaktor über, und zwar den politischen Wertorientie-

rungen und Ideologien. Vor allem in politisch-soziologischen Ansätzen wird postuliert, dass die Einschätzung von politischen Sachfragen bzw. Politiken von allgemeinen politischen Wertorientierungen und Ideologien beeinflusst wird. Für die Beurteilung des Bildungssystems, dem neben der Vermittlung von Kompetenzen auch eine zentrale Funktion bei der Förderung von Chancengleichheit zukommt, dürften vor allem solche Wertorientierungen und Ideologien relevant sein, in deren Mittelpunkt soziale Gleichheit steht.

Untersucht werden zwei allgemeine politische Wertorientierungen und Ideologien: die Akzeptanz eines umverteilenden Sozialstaats und die Einstufung der eigenen politischen Position auf einer Links-Rechts-Skala. Zusätzlich wird die Parteipräferenz berücksichtigt, die mit unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen verbunden ist. Von diesen drei Größen weisen die beiden letztgenannten nennenswerte Unterschiede auf: Linksorientierte äußern skeptischere Urteile gegenüber dem Bildungssystem als Rechtsorientierte, und die Anhänger linker Parteien haben eine negativere Einschätzung des Bildungssystems als die Anhänger rechter Parteien (vgl. Tabelle 1). Allerdings sind diese Unterschiede lediglich in Ostdeutschland deutlich ausgeprägt; in Westdeutschland sind sie vergleichsweise gering. Am auffälligsten sind die niedrigen Zufriedenheitswerte für die PDS-Anhänger in Ostdeutschland: Nur elf Prozent dieser Anhänger äußern sich positiv über das Bildungssystem.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Einschätzung des Bildungssystems nicht sehr groß sind. Die Unzufriedenheit konzentriert sich auch nicht auf bestimmte sozialstrukturelle Gruppen wie die ebenfalls in Tabelle 1 aufgeführten Ergebnisse für Geschlecht, Alter und Haushaltseinkommen zeigen. Deutlichere Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen existieren nur in Ostdeutschland, und zwar vor allem bei zwei ideologischen Größen, der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Parteipräferenz. Das deutet darauf hin, dass in Ostdeutschland der Zustand des Bildungssystems von der Einstellung zu egalitären Gerechtigkeitsprinzipien beeinflusst wird.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Glatzer/Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.-New York 1984.

¹⁸ Dieser negative Zusammenhang konnte bereits für die Umfrage aus dem Jahr 2002/03 ermittelt werden. Vgl. H. Meulemann (Anm. 5), S. 146 f.

Gesundheitssystem

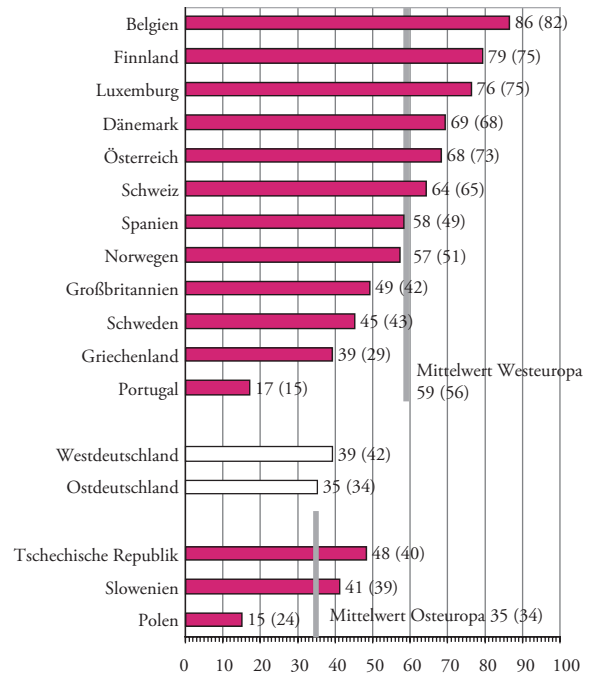
Die Beurteilung des Gesundheitssystems wird mit einer Frage erfasst, die analog zu der für das Bildungssystem formuliert ist. Die Befragten werden gebeten, den „derzeitigen Zustand des Gesundheitssystems“ im eigenen Land anhand einer Skala einzuschätzen, die von äußerst schlecht (0) bis äußerst gut (10) reicht.

Die in Schaubild 2 für das Jahr 2004 dargestellten Ergebnisse für die europäischen Länder weisen große Ähnlichkeiten mit denen für das Bildungssystem auf. Die Spanne der positiven Urteile reicht von 86 Prozent in Belgien bis zu 17 Prozent in Portugal. Deutschland liegt auch in diesem Fall am unteren Ende der Rangreihe: Lediglich 39 Prozent der Westdeutschen und 35 Prozent der Ostdeutschen äußern sich positiv über das Gesundheitssystem. In zwei osteuropäischen Ländern sind die Bürger etwas zufriedener mit ihrem Gesundheitssystem als die Deutschen (Tschechische Republik, Slowenien) und in einem anderen deutlich unzufriedener (Polen). Vergleicht man für Ost- und Westdeutschland die Zufriedenheit des Gesundheitssystems mit der des Bildungssystems, so ist die Einschätzung des Gesundheitssystems etwas besser. Die Differenz liegt bei ca. zehn Prozentpunkten.

Im Fall des Gesundheitssystems ist es schwieriger, eine plausible Erklärung für die Anordnung der Länder zu finden. Es gibt keine öffentlich diskutierte, vergleichende Performanzstudie wie die PISA-Studie im Fall des Bildungssystems. Die Anordnung variiert auch nicht systematisch mit unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregimen.¹⁹ Die Ähnlichkeit in der Anordnung der Länder bei der Bewertung des Bildungs- (vgl. Schaubild 1) und des Gesundheitssystems (vgl. Schaubild 2) legt die Vermutung nahe, dass die Einschätzung des Gesundheitssystems mit der des Bildungssystems zusammenhängt.

¹⁹ Für eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 1996 konnte ein systematischer Zusammenhang zwischen dem Wohlfahrtsstaatsregime und der Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem ermittelt werden. Vgl. Jürgen Kohl/Claus Wendt, Satisfaction with Health Care Systems, in: Wolfgang Glatzer/Susanne von Below/Matthias Stoffregen (Hrsg.), Challenges for Quality of Life in Contemporary World, Dordrecht 2004.

Schaubild 2: Positive Bewertung des Gesundheitssystems 2004 (in Prozent; Angaben für 2002/03 in Klammern)



Frage: Sagen Sie mir, wie Sie – alles in allem – den derzeitigen Zustand des Gesundheitssystems (im Land) einschätzen, Skala: 0 = äußerst gut . . . 10 = äußerst schlecht. Positive Bewertung: Skalenswerte 6–10.

Quelle: European Social Survey 2002/03 und 2004.

Ein statistischer Vergleich der Rangreihen der Länder bei der Bewertung des Bildungs- und des Gesundheitssystems kann in der Tat eine große Übereinstimmung zwischen beiden Rangreihen ermitteln.¹⁰ Außerdem zeigen statistische Analysen auf der Ebene der Befragten, dass die Bürger aller europäischen Länder, die sich negativ über das Bildungssystem äußern, das Gesundheitssystem ebenfalls negativ bewerten und umgekehrt.¹¹ Beide Sozialsysteme werden von den Bürgern also tendenziell ähnlich bewertet. Das kann zum einen auf eine generalisierte oder über-

¹⁰ Die Korrelation (Pearson's r) zwischen der Rangfolge der Länder bei den Urteilen zum Bildungs- und Gesundheitssystem beträgt 0.67.

¹¹ Die Korrelation (Pearson's r) zwischen der individuellen Bewertung des Bildungs- und des Gesundheitssystems variiert zwischen 0.35 (Dänemark) und 0.65 (Portugal). West- und Ostdeutschland liegen mit 0.48 bzw. 0.49 im Durchschnitt.



Tabelle 2: Positive Bewertung des Gesundheitssystems durch verschiedene Bevölkerungsgruppen 2004

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Prozent	Korrelation ^a	Prozent	Korrelation
<i>Geschlecht</i>				
Männer	42	-0.07**	35	-0.03
Frauen	37		35	
<i>Alter</i>				
Bis 29 Jahre	45	-0.09**	38	-0.02
30 bis 59 Jahre	37		35	
60 Jahre und mehr	39		34	
<i>Haushaltseinkommen pro Monat</i>				
Weniger als 1500 €	33	0.08*	35	0.07*
1500 bis 3000 €	38		34	
Mehr als 3000 €	43		44	
<i>Höchster Schulabschluss</i>				
Kein Abschluss	45	0.03	27	0.06
Hauptschule	35		32	
Realschule	36		33	
Fachhochschulreife/ Abitur	39		40	
Fachhochschule/ Universität	47		40	
<i>Persönliche Gesundheit</i>				
Sehr gut/gut	44	-0.22**	40	-0.17**
Durchschnittlich	32		29	
Schlecht/sehr schlecht	29		26	
<i>Politisches Interesse</i>				
Wenig/überhaupt nicht interessiert	38	-0.02	38	-0.00
Sehr/ziemlich interes- siert	39		33	
<i>Staatsverantwortung für Reduktion von Einkom- mensunterschieden</i>				
Lehne stark/lehne ab	43	-0.06*	46	-0.20**
Weder noch	38		42	
Stimme stark/stimme zu	37		32	
<i>Links-Rechts-Selbsteinstu- fung</i>				
Links	41	-0.05	33	0.08*
Mitte	35		33	
Rechts	40		46	
<i>Parteipräferenz</i>				
PDS	-	-0.05	22	0.23**
Bündnis 90/Die Grünen	42		34	
SPD	47		46	
FDP	41		60	
CDU/CSU	38		52	

** signifikant auf 1-Prozent-Niveau; * signifikant auf 5-Prozent-Niveau.

a Pearson's r (zur Erläuterung vgl. Tabelle 1).

Quelle: European Social Survey 2004.

greifende Einstellung zur Gesellschaftsordnung zurückgeführt werden und zum anderen auch auf einen technischen Effekt des Fragebogens: Die Einschätzung des Gesund-

heitssystems wird unmittelbar nach der Einschätzung des Bildungssystems erhoben.

Wie bei den Erhebungen zum Bildungssystem sind im Jahr 2004 die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen mit vier Prozentpunkten marginal. Sie waren im Jahr 2002/03 noch etwas größer (acht Prozentpunkte) und haben sich vor allem durch das weitere Absinken der Zufriedenheit in Westdeutschland einander angenähert.

Beim Gesundheitssystem gibt es keinen durch eine vergleichende Studie begründeten einheitlichen Tenor in der öffentlichen Diskussion. Der erste Faktor, das politische Interesse und die damit verbundene Aufmerksamkeit für öffentliche Diskussionen, dürfte deshalb keinen Einfluss auf das Urteil ausüben. Wie die in Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse zeigen, ist das auch der Fall. Die politisch Interessierten unterscheiden sich in der Bewertung des Gesundheitssystems nicht von den weniger Interessierten.

Die für das Gesundheitssystem relevanten persönlichen Erfahrungen und objektiven Lebensbedingungen dokumentieren sich im persönlichen Gesundheitszustand. Dieser zweite Faktor müsste sich auf die Bewertung des Gesundheitssystems auswirken. Wie der Tabelle 2 entnommen werden kann, sind sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Personen, die ihre persönliche Gesundheit positiv beurteilen, mit dem Gesundheitssystem erheblich zufriedener als diejenigen, die ihre persönliche Gesundheit negativ beurteilen.

Was den dritten Faktor, die politischen Wertorientierungen und Ideologien anbelangt, so existieren in Westdeutschland vernachlässigbare Unterschiede. In Ostdeutschland werden dagegen vor allem zwei ideologische Standards zur Bewertung des Gesundheitssystems herangezogen. Zum einen äußern sich Befürworter eines umverteilenden Sozialstaats deutlich kritischer im Hinblick auf den Zustand des Gesundheitssystems als Gegner dieser Idee. Zum anderen wird die Parteipräferenz herangezogen: Anhänger linker Parteien äußern negativere Urteile über das Gesundheitssystem als Anhänger rechter Parteien. Die Anhänger der PDS weisen auch hier mit 22 Prozent das deutlich skeptischste Urteil auf. In Ostdeutschland spielt bei der Bewertung des Gesundheitssystems die Einstellung zu so-

zialstaatlichen und egalitären Prinzipien offenbar eine wichtige Rolle.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Bewertung des Gesundheitssystems wird sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland von den objektiven Lebensbedingungen und persönlichen Erfahrungen mit diesem System beeinflusst. In Ostdeutschland kommen allgemeine Wertorientierungen, insbesondere die Präferenz für einen umverteilenden Sozialstaat, und die Parteipräferenz hinzu. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen nicht sehr groß und konzentrieren sich auch nicht auf bestimmte sozialstrukturelle Gruppen (vgl. Tabelle 2).

Schlussbemerkungen

Das wichtigste Ergebnis dieser Analyse lautet, dass in den Jahren seit 2000 die Bundesbürger im internationalen Vergleich den Zustand von zwei zentralen Sozialsystemen, dem Bildungs- und dem Gesundheitssystem, vergleichsweise schlecht bewerten. Im westeuropäischen Vergleich liegt Deutschland im unteren Bereich der Rangordnung. Aber auch der Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, deren Sozialsysteme noch nicht als konsolidiert gelten können, fällt nicht besser aus. Das zweite zentrale Ergebnis lautet, dass es bei diesen skeptischen Urteilen über das Bildungs- und Gesundheitssystem keine großen Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt.

Selbst zwischen Ost- und Westdeutschen sind im Jahr 2004 die Unterschiede im Aggregat der Befragten nur gering. Von 2002/03 auf 2004 ist es bei der Beurteilung des Bildungs- und des Gesundheitssystems zu Annäherungen zwischen Ost- und Westdeutschen gekommen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Westdeutschen durch eine Senkung ihres Zufriedenheitsniveaus den skeptischen Urteilen der Ostdeutschen angeglichen haben. Auch wenn es im Niveau der Beurteilung des Bildungs- und Gesundheitssystems zwischen Ost- und Westdeutschen kaum Unterschiede gibt, so lassen sich aber hinsichtlich der Beurteilungsstandards Differenzen identifizieren. Die Ostdeutschen beurteilen im Unterschied zu den Westdeutschen das Bildungs- und das Gesundheitssystem stärker im Lichte egalitärer und sozialstaatlicher

Standards. Diese Wertorientierungen sind konstitutiv für das Modell der sozialistischen Demokratie, das nach wie vor in den neuen Bundesländern präferiert wird.¹² Das kulturelle Erbe des staatssozialistischen Systems der DDR dokumentiert sich also nicht nur in einer starken Präferenz für soziale Gleichheit und soziale Sicherheit, sondern auch darin, dass diese Wertmaßstäbe zur Beurteilung von Sachfragen und Politiken angewendet werden.¹³ Dieses sozialistische Erbe wird, wie bereits in anderen Untersuchungen vielfach dokumentiert, auf der Parteebene erfolgreich von der PDS aufgegriffen und verstärkt.

Das Problembewusstsein der Deutschen sowohl im Hinblick auf das Bildungs- als auch das Gesundheitssystem ist groß. Welche politische Bedeutung kommt ihm zu? Zunächst ist festzuhalten, dass mit einem solchen negativen Urteil die Erwartung verbunden ist, dass die Politik Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes ergreift. In beiden Fällen sehen die Bürger dringenden Reformbedarf. Das dokumentiert sich zum Beispiel in den Ergebnissen einer von der Bertelsmann Stiftung Anfang 2001 durchgeführten Online-Umfrage, in der die Bürger beim Gesundheits- und Bildungssystem den größten Reformbedarf sehen.¹⁴ Das zeigt sich ebenfalls in einer aktuellen Politbarometer-Umfrage vom April 2006. Demnach schätzen in Bezug auf das Gesundheitssystem 70 Prozent der Deutschen die Lage „als so verfahren ein, dass nur noch fundamentale Veränderungen im Gesundheitswesen helfen können. 23 Prozent sind der Meinung, dass man beim alten System zwar bleiben könne, innerhalb dessen seien aber noch einzelne Reformmaßnahmen notwendig, nur die wenigsten (drei Prozent)

¹² Vgl. D. Fuchs (Anm. 3); Dieter Fuchs/Edeltraud Roller, Sozialstaat und Demokratie, in: Datenreport 2006, hrsg. vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, Bonn 2006 (i. E.).

¹³ Vgl. Dieter Fuchs/Robert Rohrschneider, Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Opladen 2001.

¹⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Erste Online-Umfrage der Bertelsmann Stiftung, Pressemeldung vom 31. 10. 2001, in: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-F066E052/bst/hs.xml/nachrichten_4413.htm (1. 6. 2006).

halten die verabschiedeten Beschlüsse für ausreichend.“¹⁵ Die auf der Basis des European Social Survey ermittelten negativen Urteile besagen also, dass die Mehrheit der Deutschen in Bezug auf das Bildungs- und das Gesundheitssystem Handlungsbedarf sieht und Reformen erwartet. Wo diese Reformen ansetzen sollen und welche Reformmaßnahmen von den Bürgern präferiert und akzeptiert werden, darauf kann auf der Basis der hier untersuchten allgemeinen Urteile jedoch keine Antwort gegeben werden.

Die Urteile der Bürger über das Bildungs- und das Gesundheitssystem prägen darüber hinaus auch andere Urteile, und zwar insbesondere über politische Akteure (wie die Bundesregierung) und die Demokratie insgesamt. Weiterführende Analysen zeigen, dass die Bürger, die den Zustand des Bildungssystems und des Gesundheitssystems negativ einschätzen, sowohl mit den Leistungen der Bundesregierung als auch mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufriedener sind als die Bürger, die den Zustand des Bildungs- und des Gesundheitssystems positiv bewerten. Dabei haben die beiden Systeme ein unterschiedliches Gewicht: Für die Beurteilung der Bundesregierung und der Demokratie in Deutschland ist der Zustand des Gesundheitssystems bedeutsamer als der des Bildungssystems. Dies kann als Bestätigung für die vielfach behauptete besondere legitimatorische Bedeutung des Sozialstaats für die Demokratie in Deutschland gelten.¹⁶

¹⁵ Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer April I 2006.

¹⁶ Vgl. Edeltraud Roller, Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992, Kapitel 7.

Katja Neller · Jan W. van Deth

Politisches Engagement in Europa

Politisches Engagement – also politisches Interesse und Beteiligung der Bürger – gilt als notwendige Voraussetzung funktionsfähiger Demokratien. Demokratische Entscheidungen können nur dann tatsächlich demokratisch sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Präferenzen äußern. Politische Präferenzen setzen aber ein Mindestmaß an politischer Information voraus. Das heißt, die Menschen müssen sich für politische Vorgänge interessieren. Politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger verstehen darüber hinaus etwas von politischen Zusammenhängen und werden vor diesem Hintergrund keine überzogenen Gesamtforderungen an das politische System stellen. Somit ist politisches Engagement auch ein entscheidender Faktor für die Stabilität und Lebensfähigkeit dieser politischen Systeme.

Obwohl die Bedeutung des politischen Engagements allgemein als sehr hoch eingestuft wird, sind die Menschen eher inaktiv und kaum an Politik interessiert. So sind beispielsweise viele Kneipengespräche nicht von Begriffen wie Engagement, Aufmerksamkeit und Involvierung, sondern eher von Enttäuschung, Ablehnung, Desinteresse und Frustration gekennzeichnet. Derartige Charakterisierungen sind bemerkenswert, weil es in den vergangenen Jahrzehnten alles in allem eine Steigerung des politischen Engagements gegeben hat. Diese Steigerung wird hauptsächlich auf die heutzutage wesentlich höhere Bildung der Bevölke-

Katja Neller

M.A., geb. 1972; wiss. Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart und Geschäftsführerin der deutschen Teilstudie des European Social Survey, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart. katja.neller@sowi.uni-stuttgart.de
www.uni-stuttgart.de/soz/avps/mitarbeiter/neller.html

Jan W. van Deth

Dr., geb. 1950; Professor für Politische Wissenschaft und Internationale Vergleichende Sozialforschung, Universität Mannheim, 68159 Mannheim. jvdeth@rumms.uni-mannheim.de
www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lspwivs

rung zurückgeführt. Allerdings haben wachsender Wohlstand und ein höheres Bildungsniveau auch dazu beigetragen, dass die Politik nicht mehr als notwendiger Teil sozialer Konflikte gesehen wird. Schließlich kann ein Mangel an politischem Engagement auch dem Erfolg traditioneller Politik angerechnet werden, der politisches Interesse und politische Beteiligung quasi „überflüssig“ erscheinen lässt.

Wenn man politisches Engagement in Deutschland mehr als 16 Jahre nach dem Fall der Mauer betrachtet, dann muss nach wie vor die unterschiedliche Situation in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt werden. Die Bundesrepublik war lange vor der Vereinigung eine funktionsfähige Demokratie, in der bereits in den ersten Nachkriegsjahren ein offenes, pluralistisches System entstand. Spätestens Mitte der siebziger Jahre waren Defizite im Bereich des politischen Engagements in diesem Teil Deutschlands überwunden. In Ostdeutschland erfolgte die Demokratisierung vier Jahrzehnte später als im Westen; dort war die Ausgangslage völlig anders. Erst in der demokratischen Revolution 1989 wurde der Anspruch auf politische Beteiligung geradezu eruptionsartig zum Ausdruck gebracht. Es fand eine bis dahin beispiellose breite Mobilisierung der Bevölkerung unter dem Motto „Wir sind das Volk“ statt. Diese grundverschiedenen Ausgangslagen und Erfahrungen in den beiden Teilen Deutschlands scheinen generell für die Entwicklung politischen Engagements in West- und Osteuropa typisch zu sein. Im Westen gehören sowohl konventionelle politische Aktivitäten wie die Beteiligung an Wahlen oder die Unterstützung der Wahlkampfaktivitäten einer Partei als auch Protestformen politischer Partizipation wie die Teilnahme an Demonstrationen zum regulären politischen Repertoire der Bürgerinnen und Bürger. Im Osten sind dagegen eine geringere Nutzung parteibezogener Aktivitäten sowie eine häufigere Teilnahme an Protestaktionen zu erwarten.

Politisches Interesse

Ohne Interesse an der Politik gibt es keine politische Beteiligung, und ohne Beteiligung *per definitionem* keine Mitbestimmung der Bürgerschaft. Politisches Interesse wird definiert als „(the) degree to which politics arou-

ses a citizen's curiosity“¹. Diese Definition politischen Interesses als „Neugier“ entspricht manchen in der Literatur verwendeten Umschreibungen wie „the extent to which an individual pays attention to politics“ oder „concern about things political“². In empirischen Studien wird seit langem ein Instrument der Selbsteinschätzung eingesetzt, um diese Form von Interesse zu messen. Die im European Social Survey benutzte Frage lautet: *Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?*

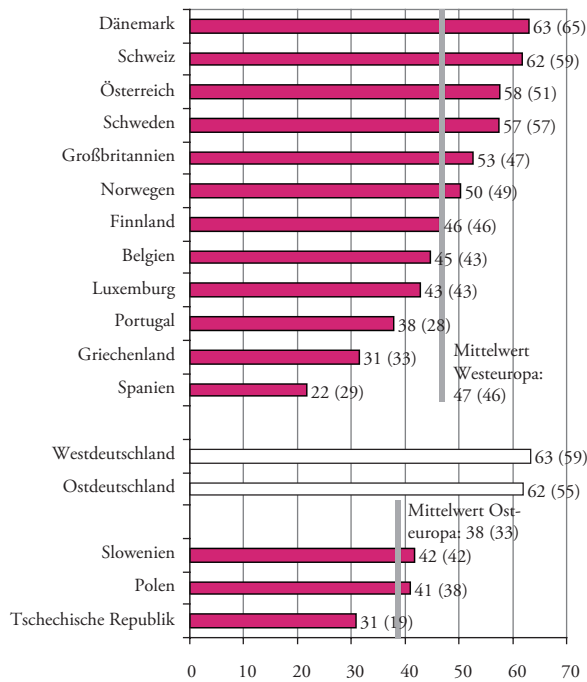
Die mit dieser Frage angesprochene Form von Interesse nennt man auch *subjektives politisches Interesse*. Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse dieser Variante des Interesses an Politik in Europa. Aus diesem Überblick ergeben sich verschiedene Schlussfolgerungen. Zunächst wird deutlich, dass es sehr große Unterschiede zwischen den europäischen Ländern gibt. Während sich in den so genannten „alten“, d. h. etablierten Demokratien (wie Dänemark, Schweiz oder Schweden) fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger „sehr“ oder „ziemlich“ für Politik interessieren, sind diese Zahlen in anderen Ländern viel niedriger. Insbesondere in Spanien, Griechenland und der Tschechischen Republik verfolgt nur eine Minderheit das politische Geschehen. In der kurzen Periode zwischen den beiden Wellen des European Social Survey (2002/2003 und 2004) haben sich diese Unterschiede zwischen den Ländern kaum geändert. Zwar sank das Interesse in mehreren Ländern (u. a. West- und Ostdeutschland) um einige Prozentpunkte, während insbesondere in Spanien ein Anstieg wahrnehmbar ist; von grundlegenden Verschiebungen ist aber nichts zu spüren. Die mehr oder weniger konstanten, erheblichen Differenzen zwischen den Ländern sind nur teilweise auf Unterschiede in persönlichen Merkmalen oder gesellschaftliche Faktoren zurückzuführen. Viel eher scheint der unterschiedliche Stand

¹ Jan W. van Deth, Political interest, in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth u. a., *Continuities in Political Action*, Berlin 1990, S. 278.

² Vgl. den ausführlicher Literaturüberblick zum Thema politisches Interesse bei Jan W. van Deth/Martin Elff, *Political Involvement and Apathy in Europe 1973–1998*, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, MZES Working Paper Nr. 33, Mannheim 2000.



Abbildung 1: Politisches Interesse in Europa 2002/2003 und 2004 (in Prozent; Angaben für 2004 in Klammern)



Quelle: European Social Survey (ESS), erste und zweite Welle (nur Länder, die sowohl in der ersten Welle des ESS als auch im ersten Datenrelease der zweiten enthalten sind). Fragetext: „Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie . . . : sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert, oder überhaupt nicht interessiert?“ In der Abbildung sind die Antworten „sehr interessiert“ und „ziemlich interessiert“ zusammengefasst. West-/Ostdeutschland: Split nach Wohnort vor 1990 (frühere BRD/DDR). Berechnung Mittelwert Westeuropa ohne Deutschland. Daten für einzelne Länderanalysen gewichtet mit Designgewicht. Für Berechnung des Mittelwertes für West- und Osteuropa Normierung der Fallzahlen der Länder auf N=2000.

der sozioökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Länder für die Unterschiede relevant zu sein.¹³

Diese Feststellung verweist bereits auf eine zweite Schlussfolgerung aus den in Abbildung 1 präsentierten Ergebnissen. Das Niveau des politischen Interesses liegt in Osteuropa im Durchschnitt weit unter dem Niveau in Westeuropa. Dennoch sind es eher die bereits erwähnten etablierten Demokratien

¹³ Vgl. Jan W. van Deth/Martin Elff, Politicisation, Economic Development and Political Interest in Europe, in: European Journal of Political Research, 43 (2004), S. 477–508.

Nord- und Westeuropas, welche sich von den anderen Ländern sowohl in Süd- als auch in Osteuropa abheben. Offensichtlich ist das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger eng mit der Dauer der Erfahrungen mit demokratischen Prozessen verbunden.

Dass eine solch allgemeine Schlussfolgerung jedoch mit Vorsicht zu betrachten ist, geht klar aus der Position der beiden Teile Deutschlands in Abbildung 1 hervor. Mit etwa 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich deutlich für Politik interessieren, gehört Deutschland – trotz seiner außergewöhnlichen Ausgangslage – zur europäischen Spitzengruppe. Kann man für die Erklärung des westdeutschen Niveaus noch auf die gelungene demokratische „Resozialisation“ in den fünfziger und sechziger Jahren hinweisen, ist es für das erstaunlich hohe Niveau des politischen Interesses in Ostdeutschland viel schwieriger, eine plausible Erklärung zu finden. Deutlich ist, dass das während der Revolution 1989 entstandene Engagement nach der Vereinigung nicht verschwunden ist, sondern sich fast mühelos an das westdeutsche Niveau angeglichen hat. Damit unterscheidet sich die Entwicklung in der DDR klar von der in anderen postsozialistischen Transformationsgesellschaften.¹⁴

Politische Partizipation

Engagierte Bürgerinnen und Bürger verfolgen nicht nur politische Ereignisse mit einer gewissen Aufmerksamkeit, sondern sie beteiligen sich auch *tatsächlich* an politischen Entscheidungsprozessen. Eine weit verbreitete Definition fasst unter den Begriff „politische Partizipation“ alle Handlungen, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“¹⁵.

Fast alle Bürger werden in ihrem Leben mehrfach den Gang zur Wahlurne machen, und die Beteiligung an nationalen Wahlen

¹⁴ Vgl. Jan W. van Deth, Politisches Interesse, in: ders. (Hrsg.), Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003, Wiesbaden 2004, S. 275–292.

¹⁵ Max Kaase, Vergleichende Partizipationsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch, Opladen 1997³, S. 160.

Tabelle 1: Politische Partizipation in Europa 2002/2003 und 2004 (in Prozent)

	Wahl-Beteiligung		Kontakt zu Politikern		Mitarbeit Partei / pol. Gruppierung		Mitarbeit andere Organisation		Abzeichengetragen/ Aufkleber befestigt		Unterschriften-sammlung		Genehm. Demonstration		Produkt-boycott	
	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004
Belgien	79	85	18	14	5	4	23	15	7	5	34	22	8	7	13	10
Dänemark	88	85	18	19	4	5	17	24	5	8	28	29	8	5	23	28
Finnland	72	73	24	22	4	4	31	31	16	14	24	26	2	2	27	29
Griechenland	83	85	15	14	5	6	6	5	3	3	5	3	5	5	9	5
Großbritannien	67	62	18	15	3	2	9	8	10	8	40	36	4	4	26	21
Luxemburg	51	61	18	22	4	5	16	24	5	6	29	21	21	15	16	14
Norwegen	80	78	23	23	9	9	28	25	22	23	36	39	8	11	19	24
Österreich	81	66	19	19	10	11	19	24	8	9	27	25	10	7	22	20
Portugal	69	65	12	6	4	2	4	3	7	2	7	5	4	4	3	2
Schweden	81	81	17	14	5	3	25	24	11	13	41	49	6	8	33	35
Schweiz	54	56	17	14	8	7	17	13	9	9	39	38	8	9	31	25
Spanien	71	77	12	13	6	7	17	18	10	12	24	25	18	34	8	14
Mittelwert Westeuropa	73	73	18	16	6	5	18	18	9	9	28	26	9	9	19	19
Westdeutschland	80	76	13	11	4	4	19	22	7	5	30	33	10	8	29	25
Ostdeutschland	78	71	14	13	4	4	20	20	5	3	34	33	14	13	19	16
Mittelwert Osteuropa	66	59	14	12	4	3	8	5	3	3	12	10	3	2	7	5
Polen	61	60	10	7	3	3	6	6	3	4	7	9	1	2	4	5
Slowenien	74	66	12	11	4	3	2	2	2	2	12	6	3	2	5	2
Tschechische Republik	63	52	23	17	5	3	15	8	5	5	16	14	5	3	11	7

Quelle und Gewichtung s. Abb. 1. Wahlbeteiligung: Teilnahme an der letzten nationalen Wahl. Fragetext für alle übrigen Beteiligungsformen: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in <Land> zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?“

liegt in manchen Ländern bei mehr als 70 Prozent. Die Beteiligung an Wahlen ist allerdings nicht die einzige Möglichkeit, politisch zu partizipieren. Die frühe Partizipationsforschung konzentrierte sich stark auf diese Form der politischen Beteiligung und andere auf den Wahlakt bezogene Aktivitäten.¹⁶ In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das politische Repertoire jedoch erweitert: von elektoralen und auf Parteien bezogenen Partizipationsformen in den fünfziger Jahren über Protestaktivitäten wie Demonstrationen und

Boykotte bis hin zur Beteiligung an sozialen Bewegungen und der Nutzung des Internets.¹⁷ Im Hinblick auf die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westeuropa ist zu erwarten, dass ein umfangreiches politisches Repertoire kennzeichnend für die Bürgerschaft etablierter Demokratien ist, während in neueren Demokratien Protestaktivitäten und nicht mit Parteien und Wahlen verbundenen Aktivitäten größere Bedeutung zukommt.¹⁸

Tabelle 1 sind die Beteiligungsdaten für acht verschiedene Formen politischer Beteiligung zu entnehmen. Für die Wahlbeteiligung

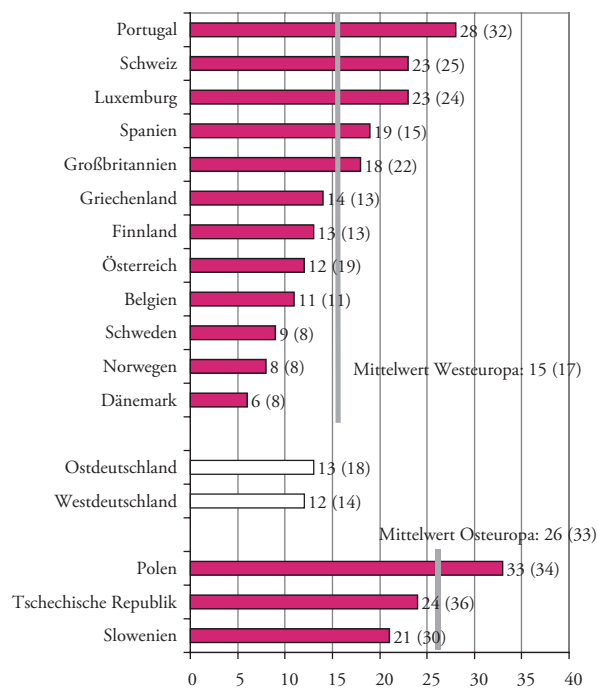
¹⁶ Vgl. den Überblick bei Oscar W. Gabriel, Das Konzept der politischen Partizipation, in: Politische Partizipation, www.politikon.org/ilias2/course.php?co_id=64&co_inst=935&acct_name=&acct_pass=&set_lang=SID=b98e0ece1b24e64867db955b2f308c81 (2. 4. 2004); Oscar W. Gabriel/Kerstin Völkl, Politische und soziale Partizipation, in: Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 2005³, S. 523–574.

¹⁷ Vgl. Jan W. van Deth, Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch, Opladen 2003⁴, S. 167–187.

¹⁸ Vgl. Oscar W. Gabriel, Politische Partizipation, in: J. W. van Deth (Anm. 4), S. 317–338.



Abbildung 2: Nicht-Partizipanten in Europa 2002/2003 und 2004 (in Prozent; Angaben für 2004 in Klammern)



Quelle und Gewichtung: s. Abbildung 1. Prozentanteile derjenigen, die keine der in Tabelle 1 beschriebenen Partizipationsformen ausüben.

wurde dabei nach der Teilnahme an den letzten nationalen Wahlen gefragt. Die Frage nach den anderen Formen wurde mit einem Hinweis auf den Charakter der Aktivitäten eingeleitet: *Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in <Land> zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?*

Die Ergebnisse der Analyse dieser unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Engagements belegen zunächst, dass politische Partizipation für die meisten Bürgerinnen und Bürger auf die Wahlbeteiligung beschränkt ist. Diese Form der politischen Aktivität wird offenbar von vielen als Staatsbürgerpflicht wahrgenommen.¹⁹ Alle anderen

¹⁹ Vgl. Ders., *Das Ende der Zuschauerdemokratie?*, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger/Harald Schoen, *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München 2006, S. 107–127.

Formen der Partizipation werden dagegen nur von deutlichen Minderheiten (wie bei Unterschriftensammlungen) oder von sehr geringen Teilen der Bevölkerung (wie bei der Mitarbeit in Parteien oder politischen Gruppen) genutzt.

Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen finden sich in beiden Wellen des European Social Survey vor allem im Hinblick auf die Teilnahme an Demonstrationen, die in den *neuen* Bundesländern gebräuchlicher ist, sowie den Boykott von Produkten, der in den *alten* Bundesländern sehr viel häufiger ausgeübt wird. Im Jahr 2004 fiel zudem die (von den Befragten selbst berichtete) Wahlbeteiligung in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland aus.

Insgesamt überwiegen nach mehr als zehn Jahren deutscher Einheit in Bezug auf die politischen Aktivitäten die Gemeinsamkeiten zwischen den alten und neuen Bundesländern. Lediglich die stärker ausgeprägte Präferenz der früheren DDR-Bürger für die Protestform der Demonstration deutet noch, wie oben ausgeführt, auf Nachwirkungen der Erfahrungen aus der Zeit der friedlichen Revolution 1989.

Neben der gesonderten Betrachtung unterschiedlicher Partizipationsformen ist für die Einschätzung der Lebenschancen und die Qualität einer Demokratie insbesondere eine Analyse des Anteils an *Nichtpartizipanten*, die keine der in Tabelle 1 beschriebenen Partizipationsformen ausüben, relevant. Derartig politisch abstinente Bürgerinnen und Bürger finden sich in Osteuropa generell wesentlich häufiger als in Westeuropa (Abbildung 2). Aber auch in westlichen Demokratien wie Portugal, der Schweiz und Luxemburg nimmt jeder vierte oder ein noch größerer Teil der Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht an politischen Aktivitäten teil. Die wenigsten Nichtpartizipanten gibt es dagegen in Schweden, Norwegen und Dänemark. Deutschland liegt hier im europäischen Mittelfeld, wobei sich zwischen 2002/2003 und 2004 insbesondere bei den früheren DDR-Bürgern eine Zunahme des Anteils der politisch Inaktiven zeigt.

Nimmt man ergänzend den Anteil derjenigen in den Blick, die lediglich an nationalen Wahlen teilnehmen, sich darüber hinaus poli-

Abbildung 3: Typologie aus politischem Interesse und politischer Partizipation

		Politisches Interesse	
		Kein/wenig	Ziemlich/stark
Politische Partizipation	Keine politische Partizipation oder nur bei nationalen Wahlen	<i>Apathische</i>	<i>Zuschauer</i>
	Über Beteiligung an nat. Wahlen hinausgehende pol. Partizipation	<i>Mitmacher</i>	<i>Engagierte</i>

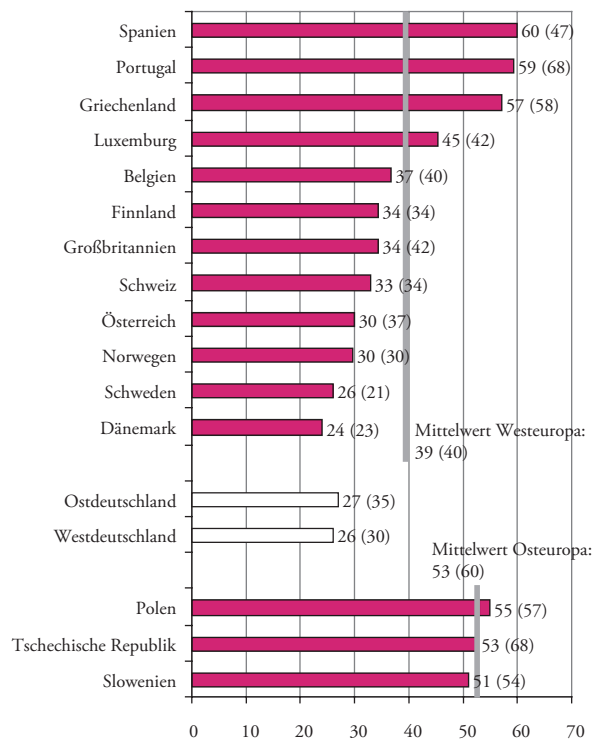
Quelle: Eigene Darstellung.

tisch aber nicht beteiligen, ist dieser wiederum in den postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas im Durchschnitt weit höher als in den westeuropäischen Ländern. Insgesamt betrachtet finden sich die meisten *Nur-Wähler* aber in Griechenland. Generell gilt, dass innerhalb der westlichen Demokratien besonders die südeuropäischen Länder (neben Griechenland sind dies Portugal und Spanien) durch hohe Anteile an Bürgern, die über die Beteiligung an nationalen Wahlen hinaus

politisch nicht aktiv sind, auffallen. Auch innerhalb Osteuropas gibt es große Länderdifferenzen. So finden sich in der Tschechischen Republik in beiden Untersuchungswellen des European Social Survey deutlich weniger *Nur-Wähler* als in Slowenien und Polen.

Über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv sind im europäischen Vergleich vor allem die Skandinavier (Schweden, Norwegen, Dänemark), die auch, wie bereits ausgeführt, die geringsten Anteile an Nichtpartizipanten haben. Weit unterhalb des westeuropäischen Durchschnittswertes liegen wiederum die südeuropäischen Demokratien, aber auch Luxemburg. Die West- und Ostdeutschen hatten 2002/2003 und 2004 Anteile von neben der Wahl noch anderweitig politisch Aktiven aufzuweisen, die deutlich bzw. etwas über dem westeuropäischen Durchschnitt von 40 Prozent lagen. In Osteuropa nutzt dagegen im Schnitt nur knapp jeder vierte Bürger andere Beteiligungsformen als die Wahlteilnahme. Dabei schneidet die Tschechische Republik wie bereits beim Anteil der *Nur-Wähler* erheblich besser ab als Slowenien oder Polen.

Abbildung 4: Personen, die sich nicht oder kaum für Politik interessieren und sich nicht oder nur an nationalen Wahlen beteiligen („Apathische“) in Europa 2002/2003 und 2004 (in Prozent; Angaben für 2004 in Klammern)



Quelle und Gewichtung: s. Abbildung 1.

Mangelndes politisches Interesse und fehlende politische Partizipation

Nicht nur aus der Verbindung unterschiedlicher Beteiligungsformen lassen sich interessante Typologien ableiten. Auch aus der Kombination der Intensität des politischen Interesses und des Partizipationsverhaltens können vier Typen gebildet werden: 1.) die *Apathischen*, die sich nicht oder kaum für Politik interessieren und nicht oder nur in Form der Beteiligung an nationalen Wahlen politisch partizipieren, 2.) die *Mitmacher*, die sich ebenfalls nicht oder kaum für Politik interessieren, aber über die Wahlbeteiligung hinaus weitere Formen politischer Beteiligung aus-

Tabelle 2: Charakteristika der Apathischen 2002/2003 und 2004 (Mittelwertdifferenzen für Apathische und Gesamtbevölkerung, Differenz Prozentanteile)

	Geschl. weibl.		Alter		Bildung (in Jahren)		Einkommen		Zufried. Wirtschaftsl.		Zufried. Demokratie		Pol. Kompetenz		Responsivität		Vertrauen nationales Parlament		Vertrauen Politiker	
	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004	02/03	2004
Belgien	+4	+6	-1	0	-1	-1	-0,4	-0,5	-0,1	0	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3	-0,3	-0,6	-0,3	-0,5	-0,2	
Dänemark	+7	+8	-4	-5	-1	-2	-0,4	-0,7	-0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,7	-0,7	-0,5	-0,9	-0,4	-0,8	-0,4	
Finnland	+4	+1	-5	-3	-1	-1	-0,4	-0,3	-0,1	0	-0,2	-0,3	-0,4	-0,4	-0,2	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	
Griechenland	+2	+7	-1	-1	-1	-1	-0,3	-0,3	0	0	-0,1	0	-0,2	-0,2	-0,1	0	-0,2	-0,2	-0,2	
Großbritannien	+6	+3	-4	-3	-1	-1	-0,7	-0,5	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3	-0,2	-0,6	-0,2	-0,5	-0,2	
Luxemburg	+7	+6	-4	-4	-1	-1	-0,4	-0,5	0	-0,1	-0,2	-0,1	-0,4	-0,4	-0,3	-0,1	-0,1	-0,4	0	
Norwegen	+1	+5	-5	-5	-1	-1	-0,5	-0,4	0	-0,2	-0,3	-0,2	-0,5	-0,5	-0,2	-0,5	-0,5	-0,5	-0,3	
Österreich	+8	+9	-2	-6	-1	-1	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2	-0,1	-0,3	-0,5	-0,6	-0,3	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	
Portugal	+5	+5	-2	0	-1	-1	-0,5	-0,4	-0,1	-0,1	-0,2	-0,4	-0,4	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	
Schweden	+2	0	-1	-4	-1	-1	-0,5	-0,4	-0,1	0	-0,3	-0,3	-0,4	-0,6	-0,4	-0,7	-0,6	-0,8	-0,5	
Schweiz	+9	+10	-5	-4	-1	-1	-0,3	-0,4	-0,1	0	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,3	-0,5	-0,2	-0,5	-0,2	
Spanien	+4	+4	+1	+3	-1	-2	-0,3	-0,5	0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	-0,4	-0,3	-0,3	
Mittelwert Westeuropa	+6	+5	-2	-2	-2	-1	-0,7	-0,7	-0,2	-0,4	-0,3	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	
Westdeutschland	+7	+10	-3	-5	-2	-2	-0,8	-0,8	+0,2	-0,1	-0,2	-0,4	-0,4	-0,5	-0,3	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3	
Ostdeutschland	+7	+6	-5	-5	-1	-1	-0,5	-0,5	+0,1	-0,2	-0,2	0	-0,5	-0,4	-0,3	-0,6	-0,3	-0,5	-0,2	
Mittelwert Osteuropa	+7	+4	-2	-2	-1	-1	-0,2	-0,1	0	0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3	-0,1	-0,3	-0,2	-0,3	-0,1	
Polen	+9	+6	-3	-2	0	-1	-0,2	-0,2	0	0	-0,2	-0,1	-0,4	-0,4	-0,2	-0,2	-0,1	-0,2	-0,2	
Slowenien	+3	+5	-2	-3	0	-1	-0,2	-0,2	0	0	-0,1	0	-0,3	-0,3	-0,1	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	
Tschechische Republik	+9	+2	-1	-3	-1	0	-0,2	-0,5	0	0	-0,3	0	-0,4	-0,2	-0,2	-0,3	-0,1	-0,2	-0,2	

Quelle und Gewichtung: s. Abbildung 1. Bildung: Wie viele Jahre haben Sie insgesamt eine Schule besucht, inklusive den etwaigen Besuch einer Berufsschule oder Hochschule? Einkommen: Weniger als 1800 Euro jährlich (1) bis 120 000 Euro und mehr (12). Politische Kompetenz: Wie oft erscheint Ihnen Politik so kompliziert, dass Sie gar nicht richtig verstehen, worum es eigentlich geht? Nie (5), selten, manchmal, ziemlich häufig, häufig (1). Responsivität: Glauben Sie, dass sich Politiker im Allgemeinen darum kümmern, was Leute wie Sie denken? Kaum ein Politiker kümmert sich darum, was Leute wie ich denken (1) bis Die meisten Politiker kümmern sich darum, was Leute wie ich denken (5); 2004 nicht erhoben. Vertrauen nationales Parlament/Politiker: Antwortskala von vertraue überhaupt nicht (0) bis vertraue voll und ganz (10).

über, 3.) die *Zuschauer*, die zwar politisches Interesse haben, aber überhaupt nicht oder nur bei Wahlen politisch partizipieren, und 4.) die *Engagierten*, die sowohl politisch interessiert als auch über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv sind (Abbildung 3).

Für die Frage nach den Lebenschancen der Demokratie sind insbesondere die *Apathischen* bedeutsam (Abbildung 4). Diese Gruppe stellt aus normativ-demokratiethoretischer Perspektive die problematischste dar. Umso bemerkenswerter ist der Befund, dass die *Apathischen* in der Mehrzahl der untersuchten westeuropäischen Länder und in allen analysierten osteuropäischen Gesell-

schaften die Mehrheit bzw. die größte Gruppe stellen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger mit diesem Einstellungs- bzw. Verhaltensmuster finden sich dabei in den südeuropäischen Demokratien (Spanien, Portugal, Griechenland). Davon setzen sich die skandinavischen Nationen (Norwegen, Schweden, Dänemark) deutlich ab, denn hier bilden die *Engagierten* die größte Gruppe. Auch auf West- und Ostdeutschland trifft dies zumindest für 2002/2003 zu. 2004 liegen die Anteile der *Apathischen* und der *Engagierten* dann etwa gleichauf. Die *Mitmacher* spielen in beiden Erhebungswellen des European Social Survey und in allen untersuchten europäischen Gesellschaften die geringste Rolle,

während im Schnitt immerhin etwa jeder fünfte West- und jeder vierte Osteuropäer der Gruppe der *Zuschauer* zuzurechnen ist.

Wer sind die apathischen Bürgerinnen und Bürger? Durch welche Charakteristika zeichnen sie sich aus? Einige Aspekte, die für die Charakterisierung der Gruppe der *Apathischen* bedeutsam sein könnten, lassen sich aus den umfangreichen Forschungen zur Erklärung des politischen Interesses und der politischen Partizipation ableiten. Hier werden politisch-institutionelle, netzwerkorientierte, modernisierungstheoretische, sozioökonomische, sozialisatorische und (andere) psychologische Ansätze und Theorien zur Bestimmung von Erklärungsfaktoren herangezogen.¹⁰

Angesichts dieser Studien ist zu erwarten, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich durch niedriges oder fehlendes Interesse in Kombination mit partizipativer Abstinenz bzw. der Beschränkung auf die Teilnahme an Wahlen auszeichnen, folgende Charakteristika aufweisen: Sie sind eher weiblich als männlich, relativ jung oder relativ alt, haben eine vergleichsweise niedrige Bildung, eine negative Einschätzung der Wirtschaftslage und des Funktionierens der Demokratie, fühlen sich politisch weniger kompetent, haben ein geringes politisches Vertrauen und ein schwach ausgeprägtes Gefühl politischer Responsivität.

Betrachtet man zunächst den Faktor Geschlecht, bestätigen sich die angestellten Vermutungen in nahezu allen untersuchten europäischen Ländern (Tabelle 2). Die *Apathischen* sind überdurchschnittlich häufig weiblich. Dies gilt sowohl für die west- als auch die osteuropäischen Gesellschaften. Auch zwischen Ost- und Westdeutschland ergeben sich hier keine wesentlichen Unterschiede. Dies trifft ebenfalls auf die Analyse des Aspekts Alter zu. Mit Ausnahme von Spanien, wo die *Apathischen* etwas über dem Landesaltersdurchschnitt liegen, sind diejenigen Bürger, die politisches Desinteresse mit politischer Abstinenz bzw. einer auf die Wahlteilnahme beschränkten politischen Aktivität kombinieren, jünger als die übrige Bevölkerung. Auch relativ niedrigere Bildungs- und Einkommensniveaus sind typisch für die politisch *Apathischen* in West- und Osteuropa.

¹⁰ Vgl. dazu die Überblicke in den in Anmerkungen 7, 8 und 9 genannten Publikationen.

Ein anderes Bild ergibt sich für die Bewertung der Wirtschaftslage. Entgegen der oben formulierten Vermutung sind die *Apathischen* nur in den wenigsten Ländern (Österreich, Großbritannien) durch eine schlechtere Bewertung der Wirtschaftslage gekennzeichnet. In den übrigen untersuchten Ländern Westeuropas ergeben sich hier keine signifikanten Unterschiede. In Osteuropa spielt dieser Aspekt überraschenderweise überhaupt keine Rolle für die Charakterisierung dieser Gruppe. Dagegen fällt die Demokratiezufriedenheit in den meisten untersuchten Ländern bei den *Apathischen* zwar in der Regel nur wenig, aber signifikant niedriger aus als beim Rest der Bürgerschaft.

Die eigene Einschätzung der politischen Kompetenz erweist sich sowohl in den west- als auch in den osteuropäischen Ländern alles in allem als noch wichtigeres Charakteristikum dieser Gruppe: Politische Apathie in der hier definierten Form tritt überdurchschnittlich häufig in Verbindung mit dem Gefühl eines mangelnden Verständnisses für komplexe politische Vorgänge auf. Besonders deutlich zeigt sich dies in Dänemark, der Schweiz und auch in Ostdeutschland.

Der Aspekt der politischen Responsivität ist im Unterschied zu den bisher beschriebenen Faktoren interessanterweise in Westeuropa wichtiger als in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften. Die *Apathischen* in Westeuropa glauben im Schnitt noch seltener als die Angehörigen dieser Gruppe in Osteuropa, dass die Politiker sich darum kümmern, was die Bürger denken. Die größten Differenzen zwischen den *Apathischen* und den übrigen Bürgern finden sich dabei wiederum in Dänemark.

Abschließend wird nun der Aspekt des politischen Vertrauens in den Blick genommen. Die *Apathischen* vertrauen allen untersuchten politischen Institutionen und dabei insbesondere dem nationalen Parlament, den Politikern und Parteien signifikant und deutlich weniger als der Rest der jeweiligen Bevölkerung. Auch dieser Aspekt ist – wie schon der Faktor politische Responsivität – in Westeuropa noch deutlich besser zur Unterscheidung der *Apathischen* von den übrigen Bürgern geeignet. Die größten Differenzen zwischen diesen Gruppen ergeben sich dabei in Dänemark, Schweden und in Ostdeutschland.

Alles in allem wird deutlich, dass die *Apathischen* durch eine Mischung aus sozialisationstheoretisch relevanten Merkmalen (Geschlecht, Alter), mangelnden Ressourcen (Bildung, Einkommen), einer größeren Unzufriedenheit mit der Demokratie, einer geringeren politischen Kompetenz, einem schwächer ausgeprägten Gefühl politischer Responsivität und vor allem durch ein deutlich geringeres Vertrauen in politische Institutionen und Politiker charakterisiert werden können. Damit haben sich mit Ausnahme der Überlegungen in Bezug auf die Wirtschaftslage alle oben angestellten Vermutungen im Hinblick auf die typischen Charakteristika der *Apathischen* bestätigt.

Politisches Engagement in Europa

Politisches Interesse und politische Partizipation der Bürgerschaft sind unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen Herrschaftsordnung. Wie ist es um diese Aspekte in verschiedenen Ländern Europas bestellt? Die Analyse der Daten des European Social Survey bestätigt Befunde zum politischen Engagement, die sich bereits in vielen empirischen Studien gezeigt haben: Desinteresse an der Politik und ein Grad an politischer Aktivität, der sich im Wesentlichen auf die Teilnahme an nationalen Wahlen beschränkt, sind typische Phänomene moderner Gesellschaften und in allen europäischen Ländern zu finden.

Dabei gibt es allerdings große Länderdifferenzen, sowohl zwischen den ost- und westeuropäischen Gesellschaften als auch *innerhalb* West- und Osteuropas. Das Niveau des politischen Interesses der Osteuropäer liegt deutlich unter dem der Westeuropäer. Im Hinblick auf die politische Partizipation kann festgehalten werden, dass sich zwar in West- und Osteuropa strukturell ähnliche Beteiligungssysteme finden, dass insgesamt aber insbesondere politische Teiligungsformen, die der *themensorientierten* Einflussnahme auf politische Entscheidungen dienen (wie Unterschriftensammlungen oder die Teilnahme an legalen Demonstrationen), von den Bürgern der etablierten Demokratien deutlich häufiger genutzt werden. Auch der Anteil der *Nichtpartizipanten*, die sich überhaupt nicht politisch beteiligen, und der *Nur-Wähler*, die über die Teilnahme an nationalen Wahlen

hinaus politisch nicht aktiv sind, fällt in Westeuropa niedriger aus als in Osteuropa.

Die skandinavischen Länder belegen alles in allem einen europäischen Spitzenplatz im Bereich des politischen Engagements. Schlusslichter innerhalb Westeuropas sind in dieser Hinsicht die südeuropäischen Demokratien. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen fallen dagegen mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung gering aus.

Zu den grundlegenden Gemeinsamkeiten, die sich trotz der offensichtlichen Spaltungslinie zwischen etablierten und postkommunistischen Demokratien im Hinblick auf das politische Engagement der Bürgerschaft finden, zählt die Verbreitung politischer Apathie. Offenbar haben die Ausweitungen des Partizipationsrepertoires, die in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden haben, nicht zu einer generellen Zunahme des politischen Engagements geführt. Sowohl in den west- als auch in den osteuropäischen Ländern interessiert sich ein sehr beträchtlicher Anteil der Bürger nicht oder kaum für Politik und beteiligt sich politisch – wenn überhaupt – nur in Form der Teilnahme an nationalen Wahlen. Diese für moderne Gesellschaften charakteristischen *Apathischen* sind dabei eher weiblich als männlich, eher jünger als älter, haben ein geringeres Bildungsniveau und Einkommen, sind weniger zufrieden mit der Demokratie, fühlen sich politisch weniger kompetent, haben ein ausgeprägteres Gefühl, dass Politiker sich nicht an ihren Interessen orientieren, und ein geringeres politisches Vertrauen.

Was bedeuten diese Befunde für die Qualität und die Lebenschancen der europäischen Demokratien? Schließt man sich M. P. Fiorina an, kann die beschriebene Form der politischen Apathie als ein für die Demokratie unbedenklicher „Normalzustand“ gelten. Andere Autoren betonen dagegen die destruktive Komponente des Mangels an politischem Engagement. Vor diesem Hintergrund scheint für die künftige Forschung nicht nur die weitere Beobachtung der Entwicklung des Anteils, sondern auch der demokratischen Orientierungen der *Apathischen* geboten.

APuZ

Nächste Ausgabe 32–33/2006 · 7. August 2006

Afrika

Peter Meyns

Afrika zwischen Autokratie und Demokratie

Siegmar Schmidt

Wie viel Demokratie gibt es in Afrika?

Frank Bliss

Trinkwasserversorgung und Armut in Sub-Sahara-Afrika

Cord Jakobeit

Fünf Jahre NEPAD

Volker Matthies

Konfliktlagen am Horn von Afrika

Sarah Tietze

Die AIDS-Pandemie in Sub-Sahara-Afrika

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Deutschland in Europa *APuZ* 30–31/2006

Detlef Pollack

3–7 **Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt?**

Der Beitrag untersucht, inwieweit es in den letzten 15 Jahren zu einer Annäherung der politischen Einstellungen der Ost- und Westdeutschen gekommen ist. Während sich bezüglich des Institutionenvertrauens, der politischen Partizipation und des politischen Interesses Annäherungstendenzen beobachten lassen, überwiegen in Bezug auf die Demokratieakzeptanz, die Leistungsmotivation und die Erwartungen an den Staat divergente Entwicklungstrends.

Oscar W. Gabriel · Sonja Zmerli

8–15 **Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa**

Auch 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus vertrauen die Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften den Politikern und politischen Institutionen immer noch nicht im gleichen Maße, wie dies die Westeuropäer tun. In abgeschwächter Form finden sich diese Unterschiede auch im wiedervereinigten Deutschland.

Heiner Meulemann

15–22 **Religiosität: Immer noch die Persistenz eines Sonderfalls**

Blieb der innerdeutsche Vorsprung des Westens vor dem Osten an Religiosität bis 2004 bestehen? Und ist die innerdeutsche 2002 und 2004 größer als die inner-europäische Differenz? Für die Kirchenmitgliedschaft, die Kirchengangshäufigkeit und die religiöse Selbsteinstufung werden beide Fragen bejaht.

Edeltraud Roller

23–30 **Das Bildungs- und Gesundheitssystem im Urteil der Bürger**

Die kritischen Debatten über das Bildungs- und Gesundheitssystem haben sich auch im Urteil der Bundesbürger niedergeschlagen. Im Vergleich mit west- und auch mit osteuropäischen Ländern weisen die Deutschen eine deutlich skeptischere Einschätzung auf. Bei diesem skeptischen Urteil gibt es keine großen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Katja Neller · Jan W. van Deth

30–38 **Politisches Engagement in Europa**

Politisches Engagement gilt als Voraussetzung für das Funktionieren jeder Demokratie und als entscheidender Faktor für die Stabilität und Lebensfähigkeit dieser politischen Systeme. Im Hinblick auf das politische Engagement in Europa ergeben sich teilweise große Unterschiede. Die Trennlinien verlaufen dabei nicht nur zwischen etablierten und postkommunistischen Demokratien.